

1.) Abt. 07/TempSchön

Allgemeines

Wir bitten um die Einarbeitung

- eines Resümees des Landesparteitages Adlershof I,
- einer realistischen Situationsbeschreibung der wirtschaftlichen Lage in Berlin und
- eines Fazits mit konkreten Maßnahmen und einer Prioritätensetzung.

2.) KDV TempSchön

Seite 3, Einleitung, Gesamtersetzung durch:

Vorrangiges Ziel unserer dem Sozialen und der Ökologie verpflichteten Wirtschaftspolitik ist der Erhalt von bestehenden und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung basiert auf Innovationen. Innovationen können nur in einer Gesellschaft Raum finden, in der die Menschen ihre Ideen und ihr Leben selbst bestimmen gestalten können und sich der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität verpflichtet fühlen. Die Freiheit Neues zu denken und zu wagen gibt es nur, wenn unsere Gesellschaft selbst veränderungsbereit ist.

Ein modernes Familienbild und moderne Familienstrukturen, die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frau und Mann, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Mitbestimmung und Teilhabe der Menschen an Arbeit und Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik und die Offenheit unseres Landes für Migration sind für unsere Innovationskraft unerlässlich.

Für eine nachhaltige Beschäftigungsfähigkeit bei steigenden Anforderungen des Arbeitsmarktes brauchen die Beschäftigten eine abgeschlossene Berufsausbildung als Grundlage und ein den veränderten beruflichen Anforderungen angepasstes, differenziertes Angebot an beruflicher Fort- und Weiterbildung, um dem Anspruch an ein „lebenslanges Lernen“ gerecht zu werden.

Die Berliner SPD will das ihr Mögliche tun, um anhaltendes Wachstum in allen Wirtschaftsbereichen der Stadt langfristig zu erreichen, will aber auch dafür Sorge tragen, dass jede Berlinerin und jeder Berliner an den Ergebnissen dieser Entwicklungen teilhaben kann. Die Wirtschaftspolitik der Berliner SPD steht für das bewährte Zusammenspiel von starker Wirtschaft, starken Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und funktionsfähigem Sozialstaat. Wirtschaftliche Prosperität und soziale Gerechtigkeit sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander.

Berlin hat ein großes Potential und überzeugende Standortvorteile: kleine und mittlere Betriebe mit großem Tatendrang, innovative Unternehmen mit großer Nähe zu den zahlreichen Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen, gut ausgebildete Fachkräfte mit hoher Sprach- und Kulturkompetenz, günstige Mieten und Lebenshaltungskosten, vernetzte Strukturen mit unseren europäischen Nachbarn und außerdem eine attraktive Kulturlandschaft und dadurch große Anziehungskraft auf Gäste aus aller Welt.

Berlin hat auch als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland viele Entwicklungspotentiale und eine große Verantwortung. Die hohe Internationalität Berlins ist zugleich Chance und Herausforderung. Für uns ist erfolgreiche Wirtschaftspolitik immer eine Querschnittsaufgabe aller Politikfelder.

3.) AfA-Landesarbeiterkonferenz

Seite 3, Einleitung, Zeile 10, die Einleitung soll vollständig ersetzt werden – durch folgende Passage:

Erledigt

Annahme i.d.F.d.AK:

Berlin hat als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland viele Entwicklungspotentiale und eine große Verantwortung. Die hohe Internationalität Berlins ist zugleich Chance und Herausforderung.

Die Berliner Wirtschaft ist eingebettet in die wirtschaftliche Lage und Entwicklung Deutschlands, der EU und der übrigen Industrieländer. Alle stehen gemeinsam vor der großen Aufgabe, die Probleme und Chancen der zunehmenden Globalisierung so zu lösen, dass es den Bedürfnissen der Menschen dient.

Vorrangiges Ziel unserer dem Sozialen und der Ökologie verpflichteten Wirtschaftspolitik ist der Erhalt von bestehenden und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung basiert auf Innovationen. Innovationen können nur in einer Gesellschaft Raum finden, in der die Menschen ihre Ideen und ihr Leben selbst bestimmen gestalten können und sich der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität verpflichtet fühlen. Die Freiheit Neues zu denken und zu wagen gibt es nur, wenn unsere Gesellschaft selbst veränderungsbereit ist.

Ein tolerantes Klima in der Stadt, das neben einem modernen Familienbild und modernen Familienstrukturen auch weitere Lebensformen und Lebensentwürfe (z.B. gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, Wohngemeinschaften, Single) zulässt, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf, die Mitbestimmung und Teilhabe der Menschen an Arbeit und Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik und die Offenheit unseres Landes für Migration sind für unsere Innovationskraft unerlässlich.

Für eine nachhaltige Beschäftigungsfähigkeit bei steigenden Anforderungen des Arbeitsmarktes brauchen die Beschäftigten eine abgeschlossene Berufsausbildung als Grundlage und ein den veränderten beruflichen Anforderungen angepasstes, differenziertes Angebot an beruflicher Fort- und Weiterbildung, um dem Anspruch an ein „lebenslanges Lernen“ gerecht zu werden.

Die Berliner SPD will das ihr Mögliche tun, um nachhaltiges Wachstum in allen Wirtschaftsbereichen der Stadt langfristig zu erreichen, will aber auch dafür Sorge tragen, dass jede Berlinerin und jeder Berliner an den Ergebnissen dieser Entwicklungen teilhaben kann. Die Wirtschaftspolitik der Berliner SPD steht für das bewährte Zusammenspiel von starker Wirtschaft, starken Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und funktionsfähigem Sozialstaat. Wirtschaftliche Prosperität und soziale Gerechtigkeit sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander.

Erledigt durch Neufassung der AK

Die Berliner Sozialdemokratie nimmt die Herausforderungen an:

Für eine Wirtschaftspolitik des Staates, die die Lebensfähigkeit der Stadt und des Landes sichert.

Berlin als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschlands ist in einer schweren ökonomischen, sozialen und politischen Krise. Berlin droht zu einer Armenregion im vereinten Deutschland zu werden. Einst das industrielle Herz Deutschlands und Europas, droht es nunmehr zur industriellen Wüste zu werden. Ohne industrielle Basis ist die Lebensfähigkeit Berlins in Frage gestellt. Eine Diskussion über die Zukunft der Stadt und des Umlandes ist unmöglich, ohne auch die außergewöhnliche historische Entwicklung der Region zu betrachten.

Der Sturz der Mauer war mit den Hoffnungen der Menschen auf ein sozial vereintes und demokratisches Berlin verbunden. Seit der Wende aber sind viele Tausend Industriearbeitsplätze vernichtet worden. Der Öffentliche Dienst wurde drastisch reduziert, dringend notwendige öffentliche Investitionen blieben aus.

Für die Folgen der jahrzehntelangen Spaltung der Stadt und die Zerstörung ihrer materiellen Grundlagen hat nicht die Bevölkerung die Verantwortung. Die ArbeitnehmerInnen haben diese Situation jahrzehntelang bezahlt, durch niedrigere Löhne, durch das Leben in einer geteilten Stadt. Die Überwindung der Strukturkrise Berlins ist eine nationale Aufgabe, und keine, die von Berlin allein zu schultern ist.

Industrielle Basis und Arbeitsplätze in Berlin garantieren.

Berlin hat unter der Spaltung der Stadt gelitten. Schon in dieser Zeit wurde in Westberlin die industrielle Basis sehr stark unterminiert. Nach dem Sturz der Mauer 1989 wurde die industrielle Basis Ostberlins weitestgehend zerstört. In den Jahren von 1991 bis 2000 wurden 300.000 Industriearbeitsplätze liquidiert und damit die produktive Grundlage der Stadt gebrochen. Unter dem Diktat der EU, nach der Wende vorangetrieben von der Regierung Kohl, führte die Politik des Strukturwandels, d.h. der Entindustrialisierung, begleitet von der Flucht des Kapitals in die Spekulation zur Beschleunigung der industriellen Verwüstung ganz Berlins. Und dieser Prozess ist nicht beendet. In den letzten 10 Jahren hat Berlin fast 10 000 Arbeitsplätze jährlich in der Industrie verloren. Allein nach den Bundestagswahlen im September erreichten uns folgende Zahlen: 750 Arbeitsplätze bei Samsung, 200 bei Reemtsma, 800 bei Siemens.

Das Beispiel Samsung ist für uns ein Beispiel, wie Konzerne das Diktat ihres Profitstrebens gegen die Stadt, ihre Bürger und die im Betrieb Beschäftigten richten:

- Samsung hat nicht nur erhebliche staatliche Vorleistungen erhalten, bezahlt von den Steuergeldern der Berlinerinnen und Berliner. Er hat auch Subventionen in Höhe von 30 Millionen Euro mitgenommen.
- Investitionen im Betrieb unterblieben, der Gewinn wurde ins Ausland transferiert.
- Jetzt entscheidet der Konzern die Liquidierung des Betriebes und die Produktionsverlagerung nach Ungarn. Er setzt die Existenz hunderter Arbeitnehmer und ihrer Familien aufs Spiel.
- Unternehmen, die so handeln, müssen die erhaltenen Subventionen zurückzahlen.

Die Berliner Sozialdemokratie erinnert an den Artikel 14.2 unseres Grundgesetzes: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Die Berliner Sozialdemokratie wird eine Diskussion in der Stadt über die Ausgestaltung dieses Grundsatzes führen. Erste Aufgabe der Berliner Sozialdemokratie muss sein, dafür

Sorge zu tragen, dass kein Arbeitsplatz in der Industrie mehr zerstört wird.

Die Verantwortung des Staates:

Garantie

- der sozialen und demokratischen Rechte,
- der sozialen und kulturellen Infrastruktur,
- der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt.

Die Berliner Sozialdemokratie sieht in dem öffentlichen Sektor nicht nur einen wesentlichen Bestandteil kommunaler Selbstverwaltung, sondern versteht ihn als Rückgrat einer sozial verantwortlichen und demokratischen Gesellschaft.

Die Kommunen und das Land haben die Aufgabe, die Infrastruktur für die Menschen sicherzustellen, die Voraussetzung des sozialen und kulturellen Lebens ist. Er muss dort handeln, wo der Markt nicht in der Lage ist, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen.

- Bei Auftragsvergabe müssen die Kriterien für die Vergabe neu überdacht werden. Allein Unternehmen, die für Berlin handeln, in dem sie tarifvertraglich geschützte Normalarbeitsplätze vorhalten, sind bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen.
- Die Politik der Privatisierung und des Abbaus des Öffentlichen Dienstes wird beendet.
- Die SPD lehnt es ab, dass reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze durch sog. Ein-Euro-Jobs ersetzt werden.

4.) KDV FrhainKreuz

Erledigt durch Neufassung der AK

Seite 3, Einleitung, Zeile 11 bis 14 ersetzen durch:

Berlin als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland hat viele Entwicklungspotenziale und als Metropole eine große Verantwortung für eine positive Ausstrahlung und ein erfolgreiches Auftreten der Bundesrepublik im Ausland sowie ein überzeugendes Eintreten für Frieden, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, ökologisches Bewusstsein sowie wirtschaftlichen Fortschritt.

5.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm

Erledigt durch Neufassung der AK

Seite 3, Einleitung, Zeile 12, Streichung der Wörter:

"...und eine große Verantwortung".

6.) KDV FrhainKreuz

Erledigt durch Neufassung der AK

Seite 3, Einleitung, Zeile 16, Ersetzung des ersten Satzes durch:

Im regionalen, nationalen und internationalen Wettbewerb der Standorte sind Innovationen entscheidend für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung.

7.) FA V / Stadt des Wissens

Erledigt durch Neufassung der AK

Seite 3, Einleitung, Zeile 16 bis 21, (Erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung ...) Absatz ersetzen durch:

Eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung hängt von einem Bündel von Faktoren ab: die Schaffung zusätzlicher Beschäftigung sowie zusätzlicher Investitionen und Innovationen fordert sowohl Arbeitskräfte als auch Unternehmer zu verstärkter kreativer Anstrengung heraus; doch garantiert das freie Spiel der Kräfte keineswegs ein anhaltendes Wirtschaftswachstum für unsere Stadt. Die Berliner SPD ist vielmehr davon überzeugt, dass Förderung durch den Staat notwendig ist, um die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig zu unterstützen. Staatliches Handeln kann einerseits die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln günstig beeinflussen, kann andererseits aber auch direkt wirken, wenn die Schaffung von Arbeitsplätzen etwa im Bildungs- und Wissenschaftsbereich gezielt gefördert wird. Maßstab einer

Beschlussprotokoll Teil 1 (Änderungsanträge zum Leitantrag)

Landesparteitag der Berliner SPD am 26.11.2005

Seite 4

erfolgreichen Wirtschaftspolitik ist die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze.

8.) KDV Mitte

Seite 3, Einleitung, Zeile 22, nach 2. Absatz folgenden Absatz einfügen:

Eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung hängt von einem Bündel von Faktoren ab: die Schaffung zusätzlicher Beschäftigung sowie zusätzlicher Investitionen und Innovationen fordert sowohl Arbeitskräfte als auch Unternehmen zu verstärkter kreativer Anstrengung heraus; doch garantiert das freie Spiel der Kräfte keineswegs ein anhaltendes Wirtschaftswachstum für unsere Stadt. Die Berliner SPD ist vielmehr davon überzeugt, dass Förderung durch den Staat notwendig ist, um die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig zu beschleunigen. Staatliches Handeln kann einerseits die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln günstig beeinflussen, kann andererseits aber auch direkt wirken, wenn die Schaffung von Arbeitsplätzen etwa im Bildungs- und Wissenschaftsbereich gezielt gefördert wird. Maßstab einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik ist die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze.

Erledigt durch Neufassung der AK

9.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm

Seite 3, Einleitung, Zeile 23 bis 29, der Absatz erhält folgende Fassung:

Ein tolerantes Klima in der Stadt, das neben einem modernen Familienbild und modernen Familienstrukturen auch weitere Lebensformen und Lebensentwürfe (z.B. gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, Wohngemeinschaften, Single) zulässt, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf, die Mitbestimmung und Teilhabe der Menschen an Arbeit und Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik und die Offenheit unseres Landes für Migration sind für unsere Innovationskraft unerlässlich.

Erledigt bei Annahme Nr. 2 i.d.F.d.AK

10.) Jusos

Seite 3, Einleitung, Zeile 31 bis 38, Ersetzung "Eine nachhaltige Beschäftigung ... allen Ebenen sorgt." durch:

Für eine nachhaltige Beschäftigungsfähigkeit bei steigenden Anforderungen des Arbeitsmarktes brauchen die Beschäftigten eine abgeschlossene Berufsausbildung als Grundlage und ein den veränderten beruflichen Anforderungen angepasstes, differenziertes Angebot an beruflicher Fort- und Weiterbildung, um dem Anspruch an ein „lebenslanges Lernen“ gerecht zu werden.

Erledigt durch Neufassung der AK

11.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm und FA X / Natur, Energie und Umweltschutz und Abt. 78/ CharlWilm

Seite 3, Einleitung, Zeile 47, Ersetzung des Wortes:
"anhaltendes" durch die Worte: "ein selektives/qualitatives"

Erledigt durch Neufassung der AK

12.) KDV StegZehl

Seite 3, Einleitung, Zeile 47, Ersetzung des Wortes „ anhaltendes,, durch das Wort:
qualitativ

Erledigt durch Neufassung der AK

13.) KDV Mitte

Seite 3, Einleitung, Zeile 60 bis 62, die Worte „... eine große Anziehungskraft auf Gäste aus aller Welt, günstige Mieten und Lebenshaltungskosten, ...“ ersetzen durch:

... eine große Anziehungskraft auf Touristen, Wissenschaftler und Studenten aus Deutschland und aller Welt, ein attraktives öffentliches Nahverkehrssystem, günstige Immobilienpreise und Lebenshaltungskosten, ...

Erledigt durch Neufassung der AK

14.) FA V / Stadt des Wissens

Erledigt durch Neufassung der AK

Seite 3, Einleitung, Zeile 61 (Berlin hat viele Potentiale...)

“Gäste aus aller Welt” ersetzen durch:

... Tourist/innen, Künstler/innen, Wissenschaftler/innen und Studierende aus Deutschland und aller Welt,

15.) Abt. 07/TempSchön

Erledigt durch Neufassung der AK

Die Absätze der Einleitung sollten folgendermaßen sortiert sein:

Seite 3, Absatz 5 in der folgenden Fassung:

Unsere Wirtschaftspolitik für die Zukunft Berlins zielt darauf ab, durch gute Rahmenbedingungen Arbeitsplätze in Berlin zu erschaffen und zu erhalten. Wir wollen auch den Mut zum Unternehmertum und die Bereitschaft zu Innovationen fördern.

Seite 3, Absatz 6 in der folgenden Fassung:

Die Berliner SPD will das ihr Mögliche tun, um anhaltendes Wachstum in allen Wirtschaftsbereichen der Stadt langfristig zu erreichen, will aber auch dafür Sorge tragen, dass jede Berlinerin und jeder Berliner an den Ergebnissen dieser Entwicklungen teilhaben kann. Die Wirtschaftspolitik der Berliner SPD steht für das bewährte Zusammenspiel von starker Wirtschaft, starken Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und funktionsfähigem Sozialstaat. Wirtschaftliche Prosperität und soziale Gerechtigkeit sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander.

Seite 3, Absatz 7 in der folgenden Fassung:

Berlin hat ein großes Potential und überzeugende Standortvorteile: kleine und mittlere Betriebe mit großem Tatendrang, innovative Unternehmen mit großer Nähe zu den zahlreichen Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen, gut ausgebildete Fachkräfte mit hoher Sprach- und Kulturkompetenz, günstige Mieten und Lebenshaltungskosten, vernetzte Strukturen mit unseren europäischen Nachbarn und außerdem eine attraktive Kulturlandschaft und dadurch große Anziehungskraft auf Gäste aus aller Welt.

Seite 3, Absatz 1 plus Schlusssatz aus Absatz 7:

Berlin als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland hat viele Entwicklungspotentiale und eine große Verantwortung. Die hohe Internationalität Berlins ist zugleich Chance und Herausforderung. Für uns ist erfolgreiche Wirtschaftspolitik immer eine Querschnittsaufgabe aller Politikfelder.

Die restlichen Absätze sollten gestrichen werden.

16.) Abt. 07/TempSchön

Annahme

Seite 4, Kapitel I, Zeile 9 bis 10, Streichung:

„in den Wachstumsfeldern Berlins“

17.) Abt. 07/TempSchön

Annahme

Seite 4, Kapitel I, Zeile 14 bis 18 erhält folgende Fassung:

Die bestehenden Wirtschaftsstrukturen der Region müssen von der Politik dabei unterstützt werden, ihre Ausrichtung und Zusammenarbeit zu verbessern, damit neue Kompetenzen erfolgreich entwickelt werden können und die Region für Neuansiedlungen interessant wird.

18.) Abt. 07/TempSchön

Annahme

Seite 4, Kapitel I, Zeile 20 bis 23, Streichung des Satzes:

„Es ist entscheidend“ und dafür Einfügung **Seite 4, Zeile 29.**

19.) KDV TempSchön

Erledigt durch Neufassung der AK

Seite 4, Kapitel I, Zeile 23 die Worte „die Möglichkeit auf Arbeit“ sollen ersetzt werden durch:

die Möglichkeit auf eine Existenz sichernde Arbeit.

20.) Jusos

Annahme

Seite 4, Kapitel I, Zeile 24, Einfügung "Arbeit zu bieten.":

Vor dem Hintergrund eines tief greifenden Wandels der Wirtschaftsstruktur ist ein neues Verständnis des Ziels der Vollbeschäftigung notwendig. Dazu ist eine Arbeitszeitverkürzung

Beschlussprotokoll Teil 1 (Änderungsanträge zum Leitantrag)

Landesparteitag der Berliner SPD am 26.11.2005 Seite 6

genauso notwendig wie eine gezielte Qualifizierungspolitik. Zur Überwindung der andauernden konjunkturellen Krise ist eine aktive Beschäftigungspolitik weiterhin nötig. Wirtschaftsförderung allein kann diese nicht ersetzen.

21.) KDV Mitte **Erledigt durch Neufassung der AK**
Seite 4, Kapitel I, Zeile 25, ersetzen des Wortes „Schaffung“ durch:

Gestaltung von Rahmenbedingungen für die Schaffung

22.) KDV FrhainKreuz **Ablehnung**
Seite 4, Kapitel I, Streichung der Zeilen 25 bis 29

23.) KDV StegZehl **Annahme**
Seite 4, Kapitel I, Zeile 30, nach dem Satzende wird folgender Satz eingefügt:

Kurzfristig hoch subventionierte Ansiedlungserfolge reichen für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik nicht aus. Unsere Wirtschaftspolitik ist auf langfristige Entwicklungen, die den Nutzen für das Land durch stabile Strukturen und klare Verabredungen sicherstellen, angelegt. Wo der Standortwettbewerb nur den Renditeinteressen der Anteilseigner Rechnung trägt, werden wir unseren Gestaltungsspielraum nutzen, um diesem entgegenzutreten.

24.) KDV TempSchön **Annahme**
Seite 4, Kapitel I, Zeile 30, nach dem 3. Absatz soll angefügt werden:

Dabei ist sowohl die Gestaltung der Förderbedingungen als auch die Information und Beratung so zu gestalten, dass Frauen noch stärker bei der Entscheidung für eine unternehmerische Existenz unterstützt werden. Wir brauchen darüber hinaus neben der Förderung bei Gründungen eine bessere Unterstützung in Krisensituationen (Coaching) und bei der Ausweitung der Geschäftstätigkeit nach der Gründungsphase.

25.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm **Ablehnung**
Seite 4, Kapitel I a, Zeile 33, Einfügung direkt nach der Überschrift:

In der engen Verknüpfung von Produktion und produktionsnaher Dienstleistung liegt der Wachstumspfad für die Zukunft. Der bisherige künstliche Gegensatz zwischen Dienstleistungs- und Industriegesellschaft ist für die Entwicklung einer innovativen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie nicht zielführend.

26.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm **Annahme**
Seite 4, Kapitel I a, Zeile 33 Streichung der Wörter:
"...und bleibt".

27.) KDV Mitte **Ablehnung**
Seite 4, Kapitel I a, Zeile 34, nach „... ist und bleibt...“ einfügen:

neben einem starken Dienstleistungssektor

28.) KDV Mitte **Annahme**
Seite 4, Kapitel I a, Zeile 36, die Worte „...für die Schaffung neuer...“ ersetzen durch:

für neue

29.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm **Vom Antragsteller zurückgezogen**
Seite 4, Kapitel I a, Zeile 48, Einfügung nach dem 3. Absatz:

Wir werden deshalb neben der Förderung der neuen Technologie-Kompetenzfelder Verkehrstechnik, Medizintechnik, Biotechnologie sowie Medien, Informations- und Kommunikationstechnologien auch gezielt Branchen-Kompetenzfelder der traditionellen Berliner Industrie unterstützen. Dazu gehören die Bereiche Chemie/Kunststoffe, Metallbe- und -verarbeitung und Ernährung.

Beschlussprotokoll Teil 1 (Änderungsanträge zum Leitantrag)

Landesparteitag der Berliner SPD am 26.11.2005

Seite 7

Starke Kompetenzfelder sind der beste Garant zur Ansiedlung neuer Unternehmen. Nur wenn Investoren in einem Kompetenzfeld dynamische Strukturen vorfinden, werden sie sich in Berlin ansiedeln. Die Ansiedlungsstrategie des Landes Berlin wird sich deshalb auf die Technologie- und Branchen-Kompetenzfelder konzentrieren. Gleichzeitig gehen in diesen Bereichen Unternehmensansiedlungen mit besonders hohen Wirkungen für die regionale Wirtschaftsstruktur einher.

Die Unterstützung von industriellen Branchen-Kompetenzfeldern ist auch deswegen sinnvoll, weil die Wirtschaftsstrukturen dieser Bereiche besser zu den Qualifikationsprofilen bisher arbeitsloser Menschen passen.

30.) KDV Mitte **Annahme**

Seite 4, Kapitel I a, Zeile 55, 1. Spiegelstrich die folgenden Spiegelstriche einfügen:

- Eine nachhaltige Entwicklung der Berliner Forschungsstätten und Hochschulen,
- den Ausbau und eine stetige Festigung Berlins als Standort für internationale Kongresse und als Anziehungspunkt für Touristen,

31.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm **Vom Antragsteller zurückgezogen**

Seite 4, Kapitel I a, Zeile 57, der 2. Spiegelstrich erhält folgende Fassung:

- Erhalt und Entwicklung bestehender Unternehmen, insbesondere des Unternehmensbestandes in den Branchen-Kompetenzfeldern unter Federführung der Wirtschaftsfördergesellschaft Berlin Partner

32.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm **Annahme i.d.F.d.AK:**

Seite 4, Kapitel I a, Zeile 58, der 3. Spiegelstrich erhält folgende Fassung:

- die Förderung von Existenzgründungen durch konsequente Anwendung aller vorhandenen Förderinstrumente

33.) KDV Pankow **Erledigt bei Annahme Nr. 31**

Seite 4, Kapitel I a, Zeile 58, Ergänzung des 3. Spiegelstrichs:

von Existenzgründern und Selbständigen

34.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm **Ablehnung**

Seite 4, Kapitel I a, Zeile 59, der 4. Spiegelstrich erhält folgende Fassung:

- Bildung von Netzwerken, insbesondere Nutzung des neuen Förderinstrumentariums Clustermanagement zur Bestandsentwicklung und Netzwerkknüpfung in den Kompetenzfeldern

35.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm **Annahme**

Seite 4, Kapitel I a, Zeile 60

Spiegelstrich 5 entfällt

36.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm **Ablehnung**

Seite 4, Kapitel I a, Zeile 62, der 6. Spiegelstrich erhält folgende Fassung:

- ein gezieltes Industrieflächenmanagement unter Einbeziehung der GSG, um stadträumliche Erfordernisse der Nutzung traditioneller Industriestandorte mit der Bereitstellung attraktiver Industrieflächen für neue Unternehmen zu verbinden.

Beschlussprotokoll Teil 1 (Änderungsanträge zum Leitantrag)

Landesparteitag der Berliner SPD am 26.11.2005

Seite 8

- 37.) **Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm** Ablehnung
Seite 4, Kapitel I a, Zeile 64, der 7. Spiegelstrich erhält folgende Fassung:
- die Förderung von Ansiedlungsvorhaben durch enge Kooperation der Wirtschaftsfördergesellschaft Berlin Partner mit der Zentralen Anlauf- und Koordinierungsstelle ZAK
- 38.) **Abt. 77 und Abt. 91 und Abt. 78/ CharlWilm und FA X / Natur, Energie und Umweltschutz und KDV StegZehl** Annahme
Seite 4, Kapitel I a, Zeile 65, als 8. Spiegelstrich wird angefügt:
- Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe
- 39.) **KDV Pankow** Erledigt durch Neufassung der AK
Seite 4, Kapitel I a, Zeile 66, Anfügung neuer Spiegelstrich:
- die Vermeidung eines „Standorthoppings“ öffentlich geförderter Unternehmen
- 40.) **KDV StegZehl** Erledigt durch Neufassung der AK
Seite 5, Kapitel I b, Zeile 8, Einschub des Satzes:
Regionale Kräfte zusammenzuführen ist praktische Solidarität, denn erst wenn die Betriebe in der Region beginnen, untereinander Netzwerke zu bilden und sich gemeinsam um Aufträge bemühen, stellen sich positiver Effekte ein.
- 41.) **Abt 78/ CharlWilm** Zurückgestellt, ggf. neuer Antragstext auf LPT
Seite 5, Kapitel I b, Zeile 18, am Ende des 2. Absatzes nach „...ein wichtiger Schritt.“ ist zu ergänzen:
Die IBB muss den Anteil der geförderten und zu fördernden Frauen nach den bisherigen gleichstellungspolitischen Kriterien sichern.
- 42.) **KDV FrhainKreuz** Ablehnung
Seite 5, Kapitel I b, Zeile 19, Einfügung hinter Absatz mit Ende „ein wichtiger Schritt“:
Existenzgründung darf kein Privileg sein. Mittlerweile findet jede zweite Gründung aus der Arbeitslosigkeit heraus statt. Sie in Kooperation mit Arbeitsagenturen und JobCentern nachhaltig zu unterstützen, ist ein Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.
- 43.) **Abt. 07/TempSchön** Ablehnung
Seite 5, Kapitel I b, Zeile 25
Statt „Fördergeschäft“ ändern in „Förderung“ – das erklärt die Tätigkeit der IBB besser.
- 44.) **KDV Pankow** Annahme
Seite 5, Kapitel I b, Zeile 30, Einfügung:
... der Enquete-Kommission „Eine Zukunft für Berlin“
- 45.) **Abt. 07/TempSchön** Ablehnung
Seite 5, Kapitel I b, Zeile 33 Ersetzung:
„erkennen“ durch „benennen“
- 46.) **Abt. 07/TempSchön** Ablehnung
Seite 5, Kapitel I b, Zeile 38 Änderung der Reihenfolge:
.... Kommunikationstechnologien, die Kreativ- und Kulturwirtschaft sowie der Sport.
- 47.) **Abt. 07/TempSchön** Annahme
Seite 5, Kapitel I b, Zeile 40 Änderung der Überschrift:
Die Ziele unserer Mittelstandspolitik
- 48.) **KDV Pankow** Annahme
Seite 5, Kapitel I b, Zeile 44, Einfügung eines neuen 2. Spiegelstrichs:
- Förderungen aus öffentlichen Mitteln sollen so transparent

Beschlussprotokoll Teil 1 (Änderungsanträge zum Leitantrag)

Landesparteitag der Berliner SPD am 26.11.2005

Seite 9

wie möglich erfolgen. Die Einbeziehung des Parlaments wird von uns daher angestrebt.

49.) Abt. 07/TempSchön

Seite 5, Kapitel I b, Zeile 51 (3. Spiegelstrich) Ersetzung:
das Wort „erweitert“ durch „ausgedehnt“ ersetzen.

Annahme i.d.F.d.AK:

ausgeweitet

50.) KDV StegZehl

Seite 5, Kapitel I b, Zeile 56, Ergänzung 3. Spiegelstrich:

Es muss der Ermessensspielraum bei der Auftragsvergabe zu Gunsten regionaler Unternehmen genutzt werden. Das Beratungsangebot muss verbessert und für Kooperationsziele bezirkseitig organisiert werden.

(Empfehlung AK: Ablehnung)

Abstimmung wurde ausgezählt
Für Empfehlung AK: 80
Für Annahme des Antrags: 83
Enth.: 6

Der Antrag ist damit angenommen:
einfügen Seite 46, 3. Spiegelstrich

51.) Abt. 07/TempSchön

Seite 5, Kapitel I b, Zeile 57 (4. Spiegelstrich) Neufassung:

- Der zielgerichtete Ausbau der Cluster Gesundheitswirtschaft und Medien muss entsprechend den Vorschlägen der Enquetekommission unterstützt werden.

Annahme

52.) AsF Berlin und

Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm

Seite 5, Kapitel I b, Zeile 60 Einfügung neuer Spiegelstrich:

- Die Unterstützung und Darstellung stadträumlicher Netzwerke der Kulturwirtschaft und die Förderung von kulturwirtschaftlichen Existenzgründungen.

Annahme i.d.F.d.AK:

- Netzwerke der Kulturwirtschaft und kulturwirtschaftliche Existenzgründungen sind zu fördern.

53.) KDV Mitte

Seite 5, Kapitel I b, Zeile 60 nach 4. Spiegelstrich folgenden Spiegelstrich einfügen:

- das Potential der Seniorenwirtschaft im Dialog mit relevanten Akteuren, insbesondere der Wohnungswirtschaft, Handwerkskammern und –betrieben sowie Seniorenorganisationen, zu erschließen und diesbezüglich einen Maßnahmenkatalog zu entwickeln.

Ablehnung

54.) KDV TempSchön

Seite 6, Kapitel I b, Zeile 1 bis 5, 5. Absatz, 6. Spiegelstrich soll ersetzt werden durch:

- Der Erhalt von bestehenden Unternehmen ist eine kontinuierliche und wichtige Aufgabe der Wirtschaftsförderung auf Landes- und Bezirksebene. Wir brauchen mehr Informations- und Beratungsangebote gerade für sehr kleine Unternehmen und für Menschen, die z.B. in den Wachstumsbranchen wie der Kulturwirtschaft in sehr kleinen und vielfältigen Formen unternehmerisch aktiv sind.

Erledigt durch Neufassung der AK

55.) KDV Pankow

Seite 6, Kapitel I b, Zeile 05, Satzergänzung:

kompetenter Berater sein. Insbesondere für die Betreuung von Kleinstunternehmen und Selbstständigen sollen den Bezirken zweckgebundene Fördermittel bereitgestellt werden.

Annahme

56.) KDV FrhainKreuz

Seite 6, Kapitel I b, Zeile 5, Einfügung hinter Absatz mit Ende „kompetente Berater sein“:

Die 12 bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit (BBWA) werden weiter gestärkt. Pro Bezirk sind für die nächste Förderperiode je Bezirk wieder 1 Mio. € EFRE-Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Bündnisse erhalten darüber hinaus – analog der Lokales Soziales Kapital-Mittel – für die nächste Förderperiode je Bezirk 1 Mio € ESF-Mittel.

Erledigt bei Annahme Nr. 55

- 57.) KDV Mitte** **Annahme**
Seite 6, Kapitel I b, Zeile 7, Anfügung an 7. Spiegelstrich, nach „...Berlin/Brandenburg.“:
• Die Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderungsinstitutionen Berlins und Brandenburgs muss mit dem Ziel der Vermeidung unproduktiver Konkurrenzsituationen bei der Unternehmensansiedlung ausgebaut werden. Langfristig ist auch hier eine Fusion anzustreben.
- 58.) Abt. 07/TempSchön** **Ablehnung**
Seite 6, Kapitel I c, Zeile 12 bis 41, Neusortierung der Absätze 1 bis 6 in der Reihenfolge:
1, 3, 2, 4, 6, 5.
Zusätzlich sollte der letzte Absatz von I c in diese Reihung eingearbeitet werden, und zwar hinter dem jetzigen Absatz 4.
- 59.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm** **Annahme i.d.F.d.AK:**
Seite 6, Kapitel I c, Zeile 17, nach „umzubauen“ folgende Sätze einführen:
Verwaltungsreform darf sich nicht nur auf die formale Erstellung von „Zeit-Mengen-Statistiken von Produkten“ oder auf regelmäßige "kw"-Setzungen reduzieren. Wir wollen Verwaltungshierarchie-Ebenen abbauen und durch mehr Projektorientierung und Stärkung der Eigenverantwortlichkeit ersetzen. Isoliertes Ressortdenken und „Ressort-Egoismus“ müssen in den Berliner Verwaltungen durch querschnittsorientiertes Denken überwunden werden.
Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten forcieren weiterhin den effektiven und serviceorientierten Umbau der Verwaltung. Wir wollen Verwaltungshierarchie-Ebenen abbauen und durch mehr Projektorientierung und Stärkung der Eigenverantwortlichkeit ersetzen. Isoliertes Ressortdenken und „Ressort-Egoismus“ müssen in den Berliner Verwaltungen durch querschnittsorientiertes Denken überwunden werden.
- 60.) KDV StegZehl** **Annahme i.d.F.d.AK:**
Seite 6, Kapitel I c, Zeile 30 bis 31, Ersetzung:
Der Satz beginnend mit "überall" wird gestrichen und durch folgenden Halbsatz ersetzt: "... zu überprüfen und den veränderten Gegebenheiten anpassen."
.... alle vorhandenen Regelungen in bestimmten Abständen zu überprüfen und zu verändern. Wo es möglich ist, werden wir weitere Gesetze und Vorschriften abschaffen.
- 61.) KDV FrhainKreuz** **Vom Antragsteller zurückgezogen**
Seite 6, Kapitel I c, Zeile 34, Ergänzung in folgender Form:
... von Arbeitnehmerrechten, Sozial-, Sicherheits-, Hygiene- und Umweltstandards keine Kompromisse geben.
- 62.) KDV Pankow** **Annahme**
Seite 6, Kapitel I c, Zeile 46, Neufassung des 2. Spiegelstrichs:
• Doppel und Mehrfachzuständigkeiten von Senats- und Bezirksverwaltungen weiter abgebaut werden, so dass bei lokalen Genehmigungsbelangen vor Ort in den Bezirken unbürokratisch und zügig entschieden werden kann.
- 63.) Abt. 04/ Reinickendorf** **Nichtbefassung**
Seite 6, Kapitel I c, Zeile 46, Einfügung eines weiteren Spiegelstrichs:
• Zur Stärkung der Bezirke und zur Schaffung stärkerer Anreize für Gewerbeansiedlungen sind die Bezirke an dem Gewerbesteueraufkommen in ihrem Gebiet zu beteiligen.
- 64.) FA V / Stadt des Wissens** **Annahme**
Seite 7, Kapitel I d, Zeile 2, Überschrift (Lokal handeln...) „Forschungsstandorts“ ersetzen durch:
Wissenschaftsstandorts
- 65.) KDV TempSchön** **Annahme**
Seite 7, Kapitel I d, Zeile 1 bis 35, komplett ersetzen durch:
Ostdeutsche Metropolenregion Berlin-Brandenburg
Strategien für den Wirtschaftsstandort Berlin müssen die Lage Berlins im Zentrum des Landes Brandenburg berücksichtigen. In den letzten Jahren haben sich Berlin und Brandenburg zu einer Wirtschafts- und Wissenschaftsregion ent-
I. d) Lokal handeln – regional denken – Stärkung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Berlin-Brandenburg

wickelt. Um diesen Prozess weiter zu befördern setzt sich die Berliner SPD für eine gemeinsame Strategie der Länder Berlin und Brandenburg zur wirtschaftlichen Entwicklung der Metropolenregion Berlin-Brandenburg ein. Diese Strategie muss konsequent an den bestehenden Stärken und Kompetenzfeldern in Wirtschaft und Wissenschaft ausgerichtet werden. Wichtige Orientierungspunkte hierfür liefern der Bericht der Enquete-Kommission „Eine Zukunft für Berlin“ sowie die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung in Brandenburg.

Mit einer gemeinsamen wirtschaftspolitischen Strategie werden weitere Grundlagen für eine Fusion der beiden Länder gelegt. Die Berliner SPD setzt sich für eine zeitnahe Abstimmung über die Fusion von Berlin und Brandenburg ein.

Der Ausbau des Flughafen Berlin-Brandenburg International ist eines der wichtigsten Projekte zur wirtschaftlichen Stärkung der Region. Neben der wichtigen Anbindung an den internationalen Luftverkehr erhält durch den BBI auch die wachstumsstarke Luft- und Raumfahrtindustrie in Berlin-Brandenburg wichtige Impulse.

Die Entwicklung und der Ausbau der Wirtschaftsstrukturen in Berlin muss im Kontext der gesamtdeutschen Aufgabe Aufbau Ost gesehen werden. Zahlreichen Förderprogramme des Bundes und der EU stehen den neuen Bundesländern und Berlin zur Bewältigung der teilungsbedingten Lasten zur Verfügung. Berlin muss diese noch konsequenter nutzen und sich künftig stärker in die Diskussion über die Ausgestaltung der Förderpolitik für Ostdeutschland einbringen. Auch sollte Berlin noch stärker als bisher mit den Einrichtungen des Bundes zur Investorenwerbung kooperieren, die einen besonderen Fokus auf die Gewinnung internationaler Investoren richten.

Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, dass

- Berlin und Brandenburg eine gemeinsame Strategie zur wirtschaftlichen Entwicklung der Metropolenregion entwickeln und den Prozess zur Fusion der Länder beschleunigen
- Berlin und Brandenburg gemeinsame Institutionen der Wirtschaftsförderungen schaffen
- Berlin die vom Bund im Rahmen der der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur zur Verfügung gestellten Mittel vollständig abrufen
- Berlin die Zusammenarbeit mit dem Industrial Investment Council (IIC), der gemeinsamen Investorenwerbegesellschaft des Bundes und der ostdeutschen Bundesländern sowie Invest in Germany, der Standortmarketinggesellschaft des Bundes verstärkt

66.) FA V / Stadt des Wissens

Annahme

Seite 7, Kapitel I d, Zeile 36, (Die Berliner SPD setzt sich dafür ein...) Am Ende einen weiteren Spiegelstrich anfügen:

- eine umfassende Vernetzung der Wissenschaftseinrichtungen bei Lehre und Forschung weiter ausgebaut wird

67.) KDV TempSchön

Annahme

Seite 7, Zeile 38, Einfügung neues Kapitel I e, (ehemals I e wird zu I f):

Einzelhandel und Kleingewerbe: Basis stabiler Stadtentwicklung

Neben der besonderen kulturellen Vielfalt ist das Einzelhandelsangebot einer der stärksten Anziehungspunkte Berlins für Besucher und Touristen aus dem In- und Ausland.

Seit einiger Zeit betrachten wir die Entwicklung des Einzel-

handels und der Kleinbetriebe in den Berliner Orts- und Stadtteilzentren mit Sorge. Es wird zu viel in weitere Einzelhandelsflächen, insbesondere in großflächige Center-Lösungen, investiert. Im Vordergrund steht dabei das Investoreninteresse. Der Attraktivitätsverlust der Einkaufsstraßen, die Geschäftsaufgaben kleinerer Händler und Dienstleister in der Nachbarschaft sind nicht nur Folge des Baus von Einkaufszentren, sondern auch einer aggressiven Standortpolitik der Lebensmittel-Discounter und Drogeriemärkte geschuldet. Unter dieser Entwicklung leiden besonders die Stadtteil- und Bezirkszentren und hier vor allem die inhabergeführten und beratungsorientierten Fachgeschäfte, die preislich nicht mit Großanbietern konkurrieren können.

Hier handelt es sich um eine städtebauliche Entwicklung, die unserer Meinung nach ein politisches Gegensteuern im Interesse Berlins erfordert:

- Wir wenden uns gegen weitere Einkaufszentren an nicht integrierten Standorten. Weitere Ansiedlungen bedürfen einer überbezirklichen Abstimmung.
- Ziel ist es, bei der Prüfung und Genehmigung von Bauvorhaben die Auswirkungen auf die Handels- und Dienstleistungsstruktur in die städtebauliche Abwägung mit einzubeziehen zu können. Denkbar wäre auch eine Ausgleichsabgabe für solche Bauvorhaben, die zweckgebunden zur Förderung traditioneller Handels- und Dienstleistungsstrukturen zu verwenden ist – beispielsweise analog den Vorgaben für Natur- und Landschaftsplanung.
- Die Einrichtung von Business Improvement Districts (BID) wird abgelehnt. Wir setzen weiterhin auf freiwillige Kooperationen zwischen Gewerbetreibenden und Grundstückseigentümern. Sie werden in diesem Engagement vom Senat und den Bezirken unterstützt wie die Initiative „berlin mittendrin“ von Senat, Handel und IHK beispielhaft zeigt. Die Gewerbetreibenden müssen in Bezirken und Senatsverwaltungen weiterhin umfassend zuständige Ansprechpartner finden.

68.) Jusos

Seite 7, Kapitel I e, Zeile 38 bis 50, Ersetzung durch:

Annahme

Justiz als Einflussfaktor auf wirtschaftliche Prozesse

Die Justiz muss gewährleisten können, dass ein Gläubiger zeitnah seine Forderung titulieren kann. Lange Verfahrenszeiträume schwächen die Liquidität der Unternehmen und leisten einer schlechten Zahlungsmoral weiter Vorschub. Dazu ist eine ausreichende Personalausstattung notwendig.

69.) KDV TempSchön

Seite 7, Kapitel I e, Zeile 39 bis 43, „Eine leistungsstarke, den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ... für die Wirtschaft dar.“ ersetzen durch:

Eine leistungsstarke Justiz und gut funktionierende Strafverfolgungsbehörden stellen einen wichtigen Standortfaktor für die Wirtschaft dar.

Erledigt durch Neufassung der AK

70.) KDV Pankow

Seite 8, Kapitel I e, Zeile 10, Anfügung eines neuen Absatzes:

Zur Bekämpfung von Schwarzarbeit gehört ebenso eine ursachenorientierte Politik, die Anreize zu sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten schafft und Zwänge zum Gang in die Schwarzarbeit verhindert. Der Landesverband der Berliner SPD versucht bundespolitisch auf solche Maßnahmen hinzuwirken.

Annahme i.d.F.d.AK:

Hinzu tritt die Bekämpfung der strukturellen Ursachen von Schwarzarbeit.
(einfügen auf Seite 8, Zeile 2, nach „erreicht.“)

71.) KDV TempSchön

Seite 8, Kapitel II, Zeile 12 bis 13, Überschrift ersetzen durch:

Verzahnung von Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Forschungspolitik für mehr Beschäftigung in Berlin

Annahme i.d.F.d.AK:

Wirtschafts-, Wissenschafts- und Bildungspolitik – für mehr Beschäftigung in Berlin

72.) FA V / Stadt des Wissens

Seite 8, Kapitel II, Zeile 12, Überschrift (Verzahnung...) „Forschungspolitik“ ersetzen durch:

Wissenschafts- und Bildungspolitik

Erledigt durch Neufassung der AK

73.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm

Seite 8, Kapitel II, Zeile 14 bis 27, der erste und der zweite Absatz werden in der Reihenfolge vertauscht.

Annahme

74.) FA V / Stadt des Wissens

Seite 8, Kapitel II, Zeile 21, nach Absatz 1 einen neuen Absatz 2 einfügen: (Abs. 2 wird Abs. 3):

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat in einer Studie aus dem Jahre 2001 belegt, dass die wissenschaftlichen Einrichtungen Berlins eine regionale Nachfrage generierten, die 4 bis 5 Prozent des Berliner Bruttoinlandsproduktes entsprachen. Die Ausgaben des Landes Berlin für diese Einrichtungen wurden damit in ihren Auswirkungen mehrfach multipliziert.

Ablehnung

75.) FA V / Stadt des Wissens

Seite 8, Kapitel II a, ab Zeile 30, Neufassung des gesamten Kapitels:

Annahme i.d.F.d.AK:

II. a) Wissenschaft in Berlin schafft Arbeit

II. a) Wissenschaft in Berlin schafft Arbeit

Wissenschaft ist in Lehre und Forschung eine der wichtigsten ökonomischen Produktivkräfte auch in Berlin.

Wissenschaft ist in Lehre und Forschung eine der wichtigsten ökonomischen Produktivkräfte auch in Berlin.

Die überwiegend vom Bund und den übrigen Ländern finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind heute die wichtigsten Arbeitgeber für hoch qualifizierte Arbeitskräfte in Berlin. Aufgrund ihrer Ausrichtung auf die überregional und international aktuellen wissenschaftlichen Themenstellungen bieten sie in ihrem Umfeld ein einmaliges Potenzial für wissens- oder technologiebasierte Existenzgründungen.

Die überwiegend vom Bund und den übrigen Ländern finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind heute die wichtigsten Arbeitgeber für hoch qualifizierte Arbeitskräfte in Berlin. Aufgrund ihrer Ausrichtung auf die überregional und international aktuellen wissenschaftlichen Themenstellungen bieten sie in ihrem Umfeld ein einmaliges Potenzial für wissens- oder technologiebasierte Existenzgründungen.

In keiner anderen Region Europas wird eine vergleichbare Dichte an Forschungseinrichtungen erreicht, die es kleinen und mittelständischen Unternehmen ermöglicht, auf kürzestem Wege neueste Technologien auf ihre Nutz- und Einsetzbarkeit im eigenen unternehmerischen Umfeld zu prüfen.

In keiner anderen Region Europas wird eine vergleichbare Dichte an Forschungseinrichtungen erreicht, die es kleinen und mittelständischen Unternehmen ermöglicht, auf kürzestem Wege neueste Technologien auf ihre Nutz- und Einsetzbarkeit im eigenen unternehmerischen Umfeld zu prüfen.

Der wirtschaftliche Vorteil der hier konzentrierten Forschungs- und Entwicklungskompetenz für Eigenentwicklungen kleiner Unternehmen muss stärker kommuniziert und im Transfer nutzbar gemacht werden können. Die fördernden und steuernden Instrumente der Technologiestiftung sollen hierzu in Zusammenarbeit mit der Investitionsbank als Förderbank weiterentwickelt werden.

Der wirtschaftliche Vorteil der hier konzentrierten Forschungs- und Entwicklungskompetenz für Eigenentwicklungen kleiner Unternehmen muss stärker kommuniziert und im Transfer nutzbar gemacht werden können. Die fördernden und steuernden Instrumente der Technologiestiftung sollen hierzu in Zusammenarbeit mit der Investitionsbank als Förderbank weiterentwickelt werden.

Gerade kleine und mittelständische Unternehmen brauchen verbesserte Eigenfinanzierungsmöglichkeiten, Kapitalbeteiligungen und gezielte Unterstützung beim Marketing auf den nationalen und internationalen Märkten. Sie benötigen jedoch auch gezielte Hilfe bei der Heranführung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an die Zukunftstechnologien und der für sie wirtschaftlich sinnvollen Adaption.

Mit der Technologiestiftung Berlin (TSB), dem Technologie - Innovationsrat (TIR) sind erste Strukturen eines Netzwerkmanagements geschaffen worden, deren Arbeit noch weiter verbessert werden muss. Nachteilig ist die Zersplitterung der Zuständigkeiten für die Technologiepolitik auf drei Senatsverwaltungen (Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Wissenschaft), die gemeinsam in den vom Senat beauftragten Netzwerkgruppen (z.B. TSB) vertreten sind. Der Senat muss ein gemeinsames Leitbild und eine einheitliche Strategie des Senats als Rahmenvorgabe für das Netzwerkmanagement entwickeln.

Gerade kleine und mittelständische Unternehmen brauchen verbesserte Eigenfinanzierungsmöglichkeiten, Kapitalbeteiligungen und gezielte Unterstützung beim Marketing auf den nationalen und internationalen Märkten. Sie benötigen jedoch auch gezielte Hilfe bei der Heranführung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an die Zukunftstechnologien und der für sie wirtschaftlich sinnvollen Adaption.

In Berlin entwickelte Produkte sollten auch in Berlin produziert werden. Das schafft Arbeitsplätze vor Ort und die Wissenschaftsförderung wird somit im doppelten Sinne für den Standort Berlin genutzt. Gleichwohl soll nicht verkannt werden, dass die Umsetzung von Forschungsergebnissen nicht standortgebunden ist.

In Berlin entwickelte Produkte sollten auch in Berlin produziert werden. Das schafft Arbeitsplätze vor Ort und die Wissenschaftsförderung wird somit im doppelten Sinne für den Standort Berlin genutzt. Gleichwohl soll nicht verkannt werden, dass die Umsetzung von Forschungsergebnissen nicht standortgebunden ist.

Die SPD setzt sich für eine integrierte Wirtschafts-, Technologie- und Stadtentwicklungspolitik ein. Netzwerkaktivitäten von Forschung, Wissenschaft, Wirtschaft und Senat sollten auch auf Schwerpunkte ausgerichtet werden, die den weiteren nachhaltigen stadtpolitischen Zielen der Stadt und der Lösung innerstädtischer Probleme dienen (z.B. Umweltprobleme, Gesundheitsförderung, soziale Probleme, Gender- Politik).

Die SPD setzt sich für eine integrierte Wirtschafts-, Technologie- und Stadtentwicklungspolitik ein. Netzwerkaktivitäten von Forschung, Wissenschaft, Wirtschaft und Senat sollten auch auf Schwerpunkte ausgerichtet werden, die den weiteren nachhaltigen stadtpolitischen Zielen der Stadt und der Lösung innerstädtischer Probleme dienen (z.B. Umweltprobleme, Gesundheitsförderung, soziale Probleme, Gender- Politik).

Berlin hat gute Voraussetzungen sich in den weltweiten Wachstumsmärkten der Zukunft wie Gesundheit, Mobilität, Produktion, Energie, Umweltfragen mit Erfolg zu beteiligen. Die Entwicklung von Produkten für die Bedürfnisse der unter demografischen Aspekten sich verändernden Gesellschaft eröffnet für Berlin neue Märkte. Die fördernden und steuernden Instrumente der Technologiestiftung sollen weiterentwickelt werden.

Berlin hat gute Voraussetzungen sich in den weltweiten Wachstumsmärkten der Zukunft wie Gesundheit, Mobilität, Produktion, Energie, Umweltfragen mit Erfolg zu beteiligen. Die Entwicklung von Produkten für die Bedürfnisse der unter demografischen Aspekten sich verändernden Gesellschaft eröffnet für Berlin neue Märkte. Die fördernden und steuernden Instrumente der Technologiestiftung sollen weiterentwickelt werden.

Die Wissenschafts- und Universitätsstandorte in Berlin werden wir weiter ausbauen, Grundlagenforschung und Unternehmertum gleichermaßen ansprechen. Dazu bieten die Hochschulverträge und die Zusagen, die außeruniversitäre Forschung in Berlin auszubauen, eine verlässliche Perspektive. Wir unterstützen die Berliner Universitäten bei ihren Anstrengungen, sich bundesweit im Exzellenz-Wettbewerb erfolgreich durchzusetzen. Die dafür notwendigen Landesmittel wollen wir zusätzlich zur Verfügung stellen, damit dieser Entwicklungsprozess nicht zulasten der Breite geht. Wir wissen: Spitzenleistungen entwickeln sich nur auf der Basis einer starken Breite.

Die Wissenschafts- und Universitätsstandorte in Berlin werden wir weiter ausbauen, Grundlagenforschung und Unternehmertum gleichermaßen ansprechen. Dazu bieten die Hochschulverträge und die Zusagen, die außeruniversitäre Forschung in Berlin auszubauen, eine verlässliche Perspektive. Wir unterstützen die Berliner Universitäten bei ihren Anstrengungen, sich bundesweit im Exzellenz-Wettbewerb erfolgreich durchzusetzen. Die dafür notwendigen Landesmittel wollen wir zusätzlich zur Verfügung stellen, damit dieser Entwicklungsprozess nicht zulasten der Breite geht. Wir wissen: Spitzenleistungen entwickeln sich nur auf der Basis einer starken Breite.

Bürokratische Hemmnisse und gegensätzliche Interessenlagen führen dazu, dass Universitäten, Fachhochschulen und Forschungsinstitute oft eine passive Rolle spielen. Während Firmen in der Regel marktorientierte Forschungspartner suchen, stehen bei den meisten Instituten grundlagenorientierte Forschungsthemen im Vordergrund. So ist der Anteil an Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in Berlin nicht gestiegen. Die bestehenden Berührungspunkte verhindern somit, dass die auf beiden Seiten zur Verfügung stehenden Ressourcen effizient zur Entwicklung innovativer Produkte und Verfahren eingesetzt werden. Wir wollen dies verändern.

Bürokratische Hemmnisse und gegensätzliche Interessenlagen führen dazu, dass Universitäten, Fachhochschulen und Forschungsinstitute oft eine passive Rolle spielen. Während Firmen in der Regel marktorientierte Forschungspartner suchen, stehen bei den meisten Instituten grundlagenorientierte Forschungsthemen im Vordergrund. So ist der Anteil an Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in Berlin nicht gestiegen. Die bestehenden Berührungspunkte verhindern somit, dass die auf beiden Seiten zur Verfügung stehenden Ressourcen effizient zur Entwicklung innovativer Produkte und Verfahren eingesetzt werden. Wir wollen dies verändern.

Reibungsverluste beim Technologietransfer müssen verringert werden. Für die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in verwertbare Patente und Produkte ist es erforderlich, Expert/innen zu beschäftigen, die aus Mitteln der Wirtschaftsförderung bezahlt werden könnten. Dabei sollen auch die Folgen abgeschätzt werden, wenn durch die Übernahme von neuen Technologien Arbeitsplätze abgebaut werden. Nicht immer sind neue Technologien effektiver und billiger als die traditionellen Arbeitsplätze.

Reibungsverluste beim Technologietransfer müssen verringert werden. Für die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in verwertbare Patente und Produkte ist es erforderlich, Expert/innen zu beschäftigen, die aus Mitteln der Wirtschaftsförderung bezahlt werden könnten. Dabei sollen auch die Folgen abgeschätzt werden, wenn durch die Übernahme von neuen Technologien Arbeitsplätze abgebaut werden. Nicht immer sind neue Technologien effektiver und billiger als die traditionellen Arbeitsplätze.

Ein wichtiges Ziel der Wissenschaftspolitik bleibt eine hohe Zahl von Absolvent/innen der Berliner Hochschulen. Damit

Ein wichtiges Ziel der Wissenschaftspolitik bleibt eine hohe Zahl von Absolvent/innen der Berliner Hochschulen. Damit

Beschlussprotokoll Teil 1 (Änderungsanträge zum Leitantrag)

Landesparteitag der Berliner SPD am 26.11.2005

Seite 15

steigt die Anziehungskraft Berlins für Unternehmen, die hoch qualifizierte Fachkräfte benötigen. Das Potenzial für innovative Unternehmensgründungen nimmt zu.

steigt die Anziehungskraft Berlins für Unternehmen, die hoch qualifizierte Fachkräfte benötigen. Das Potenzial für innovative Unternehmensgründungen nimmt zu.

Wichtig für die Entwicklung von Wissenschaft und Wirtschaft ist, dass Planbarkeit und Verlässlichkeit bestehen. Stabile Rahmenbedingungen, konstante Finanzierung und Vertrauen in den dauerhaften politischen Willen sind unerlässlich. Wir streben einen „Vertrag für Berlin“ an, in dem sich der Senat und die Sozialpartner auf nachvollziehbare und kontrollierbare Maßnahmen zur Entwicklung der innovativen Wirtschaft verpflichten.

Wichtig für die Entwicklung von Wissenschaft und Wirtschaft ist, dass Planbarkeit und Verlässlichkeit bestehen. Stabile Rahmenbedingungen, konstante Finanzierung und Vertrauen in den dauerhaften politischen Willen sind unerlässlich. Wir streben einen „Vertrag für Berlin“ an, in dem sich der Senat und die Sozialpartner auf nachvollziehbare und kontrollierbare Maßnahmen zur Entwicklung der innovativen Wirtschaft verpflichten.

Investitionen in die Wissenschaft sind nicht Selbstzweck, sondern haben einen Sinn. Wissenschaft muss ebenso wie die Wirtschaft für die Menschen da sein. Wir wollen mit Wissenschaft und Wirtschaft Leitprojekte vereinbaren, z.B. die alters- und familiengerechte Stadt, der sichere Verkehr und die Überwindung der digitalen Spaltung. Wir wollen nicht nur wirtschaftlich erfolgreich sein, sondern gesellschaftliche Probleme lösen. Wir wollen erreichen, dass Berlin nicht nur Vorreiter in der Wissenschaft, sondern auch in der praktischen Anwendung von innovativen Problemlösungen wird.

Investitionen in die Wissenschaft sind nicht Selbstzweck, sondern haben einen Sinn. Wissenschaft muss ebenso wie die Wirtschaft für die Menschen da sein. Wir wollen mit Wissenschaft und Wirtschaft Leitprojekte vereinbaren, z.B. die alters- und familiengerechte Stadt, der sichere Verkehr und die Überwindung der digitalen Spaltung. Wir wollen nicht nur wirtschaftlich erfolgreich sein, sondern gesellschaftliche Probleme lösen. Wir wollen erreichen, dass Berlin nicht nur Vorreiter in der Wissenschaft, sondern auch in der praktischen Anwendung von innovativen Problemlösungen wird.

76.) KDV FrhainKreuz
Seite 8, Kapitel II a, Zeile 38, Einfügung nach dem Satz: „In Berlin entwickelte Produkte sollten auch in Berlin produziert werden“:
Aus der Forschung generierte Prototypen und erste Fertigungen werden besonders unterstützt.

Erledigt bei Annahme Nr. 75

77.) KDV Mitte
Seite 8, Kapitel II a, Zeile 40, Anfügung an „...Berlin genutzt.“:
Gleichwohl soll nicht verkannt werden, dass das Know-How der Forschung und die Entwicklung neuer Produkte und Produktionsverfahren nicht standortgebunden sind.

Erledigt bei Annahme Nr. 75

78.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm
Seite 8, Kapitel II a, Zeile 41, Einfügung nach "für den Standort Berlin genutzt":
Die SPD will Netzwerkaktivitäten von Forschung, Wissenschaft, Wirtschaft und Senat auf Schwerpunkte ausrichten, die den weiteren nachhaltigen stadtpolitischen Zielen der Stadt und der Lösung innerstädtischer Probleme dienen (z.B. Umweltprobleme, Gesundheitsförderung, soziale Probleme, Gender-Politik). Angesichts knapper zur Verfügung stehender Haushaltsmittel für die Netzwerkaktivitäten und für die Forschungsförderung sollte das „Gießkannenprinzip“ (d.h. die Förderung vieler inhaltlich nicht zusammenhängender Projekte, die sich aus Zufälligkeiten ergeben) und die Förderung von „Technologischen Spielwiesen“ - ohne Chancen auf Arbeitsplatzeffekte - vermieden werden.

Erledigt bei Annahme Nr. 75

79.) KDV Mitte
Seite 8, Kapitel II a, Zeile 46, Anfügung 3. Absatz, nach „...zukunftsfähig machen.“:
Im Gegensatz zum Wissenstransfer ist die Wissenschaftsvermittlung standortgebunden, so dass Forschung und Hochschulausbildung direkt Arbeitsplätze binden und schaffen.

Erledigt bei Annahme Nr. 75

80.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm
Seite 8, Kapitel II a, Zeile 47 bis 50 Ersetzung:
Berlin hat gute Voraussetzungen, sich in den weltweiten Wachstumsmärkten der Zukunft wie Gesundheit/Biotechnologie, Mobilität, Produktion, Energie, Umweltfragen, Medien/Mode/Lifestyle zu beteiligen.

Erledigt bei Annahme Nr. 75

**81.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharWilm und
FA VIII / Soziale Stadt – AG Verkehr**

Erledigt bei Annahme Nr. 75

Seite 8, Kapitel II a, Zeile 54 bis 55, der Satz "Die fördernden und steuernden..." wird ersetzt durch folgenden Absatz:

Mit der Technologiestiftung Berlin (TSB), dem Technologie - Innovationsrat (TIR) sind erste Strukturen eines Netzwerkmanagements geschaffen worden, deren Arbeit noch weiter verbessert werden muss. Nachteilig ist die Zersplitterung der Zuständigkeiten für die Technologiepolitik auf drei Senatsverwaltungen (Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Wissenschaft), die gemeinsam in den vom Senat beauftragten Netzwerkgruppen (z.B. TSB) vertreten sind. Der Senat muss ein gemeinsames Leitbild und eine einheitliche Strategie des Senats als Rahmenvorgabe für das Netzwerkmanagement entwickeln.

**82.) KDV StegZehl
Seite 8, Kapitel II a, Zeile 58, Ersetzung**

Annahme

des Wortes " Grundlagenforschung " durch das Wort " Forschung "

**83.) KDV StegZehl
Seite 9, Kapitel II a, Streichung Zeile 01 bis 11 und Ersetzung durch:**

Erledigt bei Annahme Nr. 75

Universitäten, Fachhochschulen und Forschungsinstitute müssen in ihrer aktiven Rolle gestärkt werden. Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung ist müssen nicht gegeneinander gestellt werden. Sie bedingen einander. Die Grundlagenforschung bildet die Basis neues Wissen zu erschließen. Die anwendungsorientierte Forschung muss eine bessere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft suchen und zur Verfügung stehende Ressourcen erschließen und einsetzen. Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft haben alle Voraussetzungen zu schaffen, die Kooperation deutlich zu erhöhen und damit auf allen Seiten die zur Verfügung stehenden Ressourcen zu steigern und effizient einzusetzen. Das Ziel ist zunehmend die Entwicklung innovativer Produkte und Verfahren zu fördern.

**84.) Abt. 07/TempSchön
Seite 9, Kapitel II a, Zeile 15 bis 18 Neuformulierung 2. und 3. Spiegelstrich:**

Erledigt bei Annahme Nr. 75

- die zielgerichtete Kommunikation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu fördern
- die Kooperation der Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen mit der Berliner Wirtschaft zu unterstützen (wobei diese beiden Aussagen in etwa das Gleiche zu meinen scheinen).

**85.) KDV Mitte
Seite 9, Kapitel II a, Zeile 19 bis 22, Ersetzung des 4. Spiegelstrichs durch:**

Erledigt bei Annahme Nr. 75

Mit der Verwaltungsreform die Verwaltung zu einer erfolgsorientiert arbeitenden Serviceeinrichtung zu entwickeln.

**86.) KDV Pankow
Seite 9, Kapitel II a, Zeile 23, Anfügung eines weiteren Spiegelstrichs:**

Erledigt bei Annahme Nr. 75

- dass Ausgründungen aus dem universitären Bereich gefördert werden.

**87.) KDV Mitte
Seite 9, Kapitel II a, Zeile 23, am Ende folgenden Spiegelstrich anfügen:**

Erledigt bei Annahme Nr. 75

- Förderung neuer Public Private Partnerships bei der Grundlagenforschung und im Technologietransfer.

88.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharWilm **Ablehnung**
Seite 9, Kapitel II b, Zeile 27 bis 28, Ersetzung des 1. Satzes durch folgenden Absatz:

Technologietransfer benötigt sowohl wissenschaftlich ausgebildete Spitzenkräfte als auch erfahrene Experten, die durch Verbindung von Berufsausbildung, betrieblichem Erfahrungslernen und beruflicher Weiterbildung gewonnen werden. Erst mit dieser Symbiose können neueste wissenschaftliche Erkenntnisse in Produktionsprozesse umgesetzt und die Innovationsfähigkeit der Berliner Wirtschaft verbessert werden.

89.) KDV StegZehl **Annahme**
Seite 9, Kapitel II b, Streichung Zeile 33 bis 44 und Ersetzung durch:

Immer noch sind Berufsvorstellungen stark vom Geschlecht und sozialem Hintergrund geprägt. Wir setzen uns dafür ein, Schule und Ausbildung stärker zu verknüpfen und den Übergang besser zu gestalten. Dazu muss in den Schulen ein Beratungsangebot institutionalisiert werden, welches die Ausbildungswünsche der Schülerinnen und Schüler ernst nimmt und Möglichkeiten aufzeigt, diese auch zu verwirklichen. Praktika, Schulpatenschaften von Unternehmen und Korporationen mit Hochschulen sind eine Möglichkeit Ausbildungswege kennen zu lernen und Schülerinnen und Schülern Möglichkeiten in rollen - und milieufernen Ausbildungsgängen aufzuzeigen. Ohne entsprechende schulische Begleitung, die Wege in die Ausbildung, Qualifizierungs - und nicht zuletzt Finanzierungsmöglichkeiten aufzeigt, ist eine erfolgreiche Verknüpfung von Schule und Ausbildung, die auch den Interessen der Schülerinnen und Schüler gerecht wird, nicht zu haben.

90.) KDV StegZehl **Ablehnung**
Seite 9, Kapitel II b, Zeile 50, Einfügung nach dem Wort "Berufsausbildung ":

Hartz IV hat den Druck auf diese Gruppe besonders erhöht, ihr aber gleichzeitig eine verbesserte Vermittlung versprochen. Die Berliner SPD wird dafür sorgen, dass dies durch hochwertige Qualifizierungsangebote, die weit über 1-Euro Jobs hinausgehen, umgesetzt wird.

91.) KDV StegZehl **Erledigt durch Neufassung der AK**
Seite 9, Kapitel II b, Zeile 53, Einfügung nach dem Wort „Ausbildungsoffensive“:
Eine Ausbildungsplatzumlage ist notwendig.

92.) KDV TempSchön **Annahme**
Seite 9, Kapitel II b, Zeile 53, nach den Worten: „im allgemein bildenden Schulsystem eine ergänzende Ausbildungsoffensive.“ anfügen:

Angesichts der weiterhin hohen Zahl von fehlenden Ausbildungsplätzen werden wir uns – sollte der Ausbildungsplakt nicht Erfolge zeigen – dafür einsetzen, dass ein finanzieller Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben geschaffen wird.

93.) KDV StegZehl **Annahme**
Seite 9, Kapitel II b, Zeile 63, Ende Spiegelstrich wird wie folgt geändert:

.... verbindliche Qualitätsstandards stärker zu verknüpfen und regelmäßig zu überprüfen ist.

94.) KDV FrhainKreuz **Ablehnung**
Seite 9, Kapitel II b, Zeile 63, Ergänzung am Ende 1. Spiegelstrich: „durch verbindliche Qualitätsstandards stärker zu verknüpfen ist“:

Neben den erfolgreichen Partnerschaften zwischen Wirtschaft und Schulen werden weitere Elemente zur Akzeptanz einer beruflichen Selbständigkeit speziell in den oberen Klassen

eingeführt. Bspw. die Erstellung eines Businessplans im Lehrplan.

95.) KDV FrhainKreuz

Seite 10, Kapitel II b, Zeile 25, Anfügung eines neuen Spiegelstrichs:

Jugendliche mit einem Handicap brauchen besondere Unterstützung beim Einstieg in das Berufsleben. Auf der Basis der von der Rot-Grünen Bundesregierung geschaffenen gesetzlichen Grundlagen (z.B. des Sozialgesetzbuches IX oder des Gesetzes zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung behinderter Menschen) sind daher im Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Partner und vor allem auch den Schulen alle Instrumente zu nutzen, um auch Jugendlichen mit einer Behinderung eine Ausbildungsmöglichkeit zu bieten. Außerdem muss die hochwertige Ausbildung und Berufsvorbereitung durch die Berufsbildungswerke erhalten

Annahme i.d.F.d.AK:

Jugendliche mit Behinderung brauchen

96.) KDV TempSchön

Seite 10, Zeile 27, neues Kapitel II c soll eingefügt werden:

Erledigt durch Beschlusslage Bildungspolitischer Parteitag

Lebenslanges Lernen und Qualifizierung

In einer globalisierten Wirtschaft und bei dem rasanten Tempo der Veränderungen brauchen wir ein neues Verständnis, wie wir allen Beschäftigten die dafür notwendige Qualifikation vermitteln. Lebenslanges Lernen ist mehr als die Anpassung von Qualifikationen an neue Erfordernisse, die im Berufsleben aus dem technisch-organisatorischen Fortschritt erwachsen. Das Konzept des Lebenslangen Lernens führt alle Bildungsbereiche von der Vorschulbildung bis zur Berufsbildung, der Hochschulbildung und der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung zu einem aufeinander aufbauenden und vor allem durchlässigen Gesamtsystem zusammen. Wir ermöglichen so Chancengleichheit für alle und fördern gleichzeitig einen wesentlichen Innovations- und Wettbewerbsfaktor.

Wir setzen uns dafür ein:

- die Transparenz über die Vielzahl von Bildungsangeboten durch differenzierte Informations- und Beratungsangebote weiter herzustellen und neue Beratungsformen (z.B. Onlineberatung) ebenso wie niedrigschwellige Beratungsangebote (z.B. Lernläden) zu fördern bzw. zu sichern.
- auch benachteiligte Gruppen am Arbeitsmarkt weiterhin den Zugang zu beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen zu ermöglichen und für diese Zielgruppen geeignete Maßnahmen anzubieten
- Innovative Qualifizierungs- und Weiterbildungsberatungsangebote ins. für kleine Unternehmen und Selbständige zu fördern

97.) KDV StegZehl

Seite 10, Kapitel III, Zeile 39, Anfügung der Sätze:

Unsere Wirtschaftspolitik bewegt sich dabei nicht im luftleeren Raum. Wir wissen, dass Standortwettbewerb und globale Konkurrenz gestaltbar sind. Wir rücken daher nicht vom Anspruch gleicher Lebensverhältnisse ab. Steuervereinheitlichung und international verbindlichere Standards können hier ein Anfang sein. Ein Steuerwettbewerb, der z. B. durch Gewerbesteuerenkungen zu kommunaler Handlungsunfähigkeit führt und die Ungleichheiten verschärft, kann nicht in unserem Sinne sein.

Erledigt durch Neufassung der AK

98.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm

Seite 11, Kapitel III a, Zeile 1 bis 3, der 7. Spiegelstrich erhält folgende Fassung:

- Verbesserung der Zusammenarbeit Berlins mit den polnischen Nachbarregionen auf wirtschaftlicher, politischer

Ablehnung

und auf Verwaltungsebene, u.a. durch Schaffung eines großen grenzüberschreitenden Verbundes „Oderregion“ unter Einbeziehung der Hafenstädten Stettin/Swinemünde und Posen und Breslau. Wichtige Kooperationsfelder ergeben sich in den Themen Logistik, Häfen, Flughafen BBI, Tourismus und der universitären und außeruniversitären Forschung in den Städten.

99.) KDV Mitte

Seite 11, Kapitel III a, Zeile 6, Ende folgenden Spiegelstrich anfügen:

- Die Potenziale der Kulturwirtschaft (Medien, Kunst, Literatur) sollen voll ausgeschöpft werden.

Erledigt durch Neufassung der AK

100.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm

Seite 11, Kapitel III a, Zeile 6, als 9. Spiegelstrich wird angefügt:

- die durch 17 Städtepartnerschaften des Landes Berlin und zahlreiche Partnerschaften der Bezirke gewachsenen Netzwerke müssen unter Federführung der Senatskanzlei stärker für Wissenschafts- und Wirtschaftskooperationen genutzt werden.

Annahme i.d.F.d.AK:

- die durch 17 Städtepartnerschaften des Landes Berlin und zahlreiche Partnerschaften der Bezirke gewachsenen Netzwerke müssen mit Unterstützung des Senats stärker für Wissenschafts- und Wirtschaftskooperationen genutzt werden.

101.) KDV TempSchön

Seite 11, Zeile 8, Einfügung neues Kapitel III b (die bisherigen Abschnitte III b und III c werden zu III c bzw. III d):

Kultur und Kulturwirtschaft

Kultur hat einen eigenständigen Wert, sie ist - im wahrsten Sinne des Wortes - ein Lebensmittel. Kultur und Kulturwirtschaft haben aber auch prioritäre Bedeutung für die zukünftige Entwicklung Berlins. Dies gilt besonders im Prozess des strukturellen Wandels der industriellen zu einer postindustriellen Gesellschaft. Kultur fördert die Kreativität Berlins in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen, zieht kreative Köpfe in unsere Stadt, ist ein entscheidender Standortfaktor, liefert die Vorleistung für die entwicklungswichtige Tourismusbranche und auch für die privaten Unternehmen der Kultur- und Medienbranche. Sie ist unsere Entwicklungsressource, unser „Trumpf“ im internationalen Wettbewerb.

Annahme i.d.F.d.AK:

Kultur und Kulturwirtschaft

Kultur und Kulturwirtschaft haben große Bedeutung für die zukünftige Entwicklung Berlins.

Wir wollen

- den öffentlich getragenen Kultursektor, der eine Voraussetzung für die Entwicklung der Kulturwirtschaft ist, besonders fördern;
- durch Verbesserungen und weitere Entbürokratisierung die Rahmenbedingungen für die Ausweitung der Kultur- und Medienbranche forcieren und auch so Investitionen in die Stadt lenken;
- Existenzgründer/innen in diesem Sektor stärker beraten;
- die Vernetzung der überdurchschnittlich kleinteiligen Kulturwirtschaft unterstützen;
- die Vermarktung kultureller Produkte und Leistungen außerhalb Berlins fördern;
- unsere Wirtschaftsförderprogramme hinsichtlich der Besonderheiten der Kulturwirtschaft überprüfen und besser vermitteln.

Wir wollen

- den öffentlich getragenen Kultursektor, der eine Voraussetzung für die Entwicklung der Kulturwirtschaft ist, besonders fördern;
- durch Verbesserungen und weitere Entbürokratisierung die Rahmenbedingungen für die Ausweitung der Kultur- und Medienbranche forcieren und auch so Investitionen in die Stadt lenken;
- Existenzgründer/innen in diesem Sektor stärker beraten;
- die Vernetzung der überdurchschnittlich kleinteiligen Kulturwirtschaft unterstützen;
- die Vermarktung kultureller Produkte und Leistungen außerhalb Berlins fördern;
- unsere Wirtschaftsförderprogramme hinsichtlich der Besonderheiten der Kulturwirtschaft überprüfen und besser vermitteln.
- Existenzgründungshilfen für Künstlerinnen schaffen.

102.) Abt. 07/TempSchön

Seite 11, Kapitel III b, Zeile 14 bis 19, Neuformulierung:

Berlin wird als eine weltoffene und kulturell höchsten Ansprüchen genügende Stadt wahrgenommen. Dafür sorgen bedeutende Messen und Kongresse, beste Einkaufsmöglichkeiten, die vielfältige Kulturlandschaft und Sportveranstaltungen mit internationaler Geltung.

Ablehnung

103.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm

Seite 11, Kapitel III b, Zeile 14 bis 19, der zweite Absatz erhält folgende Fassung:

Erledigt durch Neufassung der AK

In der weltoffenen und kulturell interessanten Stadt Berlin sind Messen und Kongresse, beste Einkaufsmöglichkeiten, international bedeutende Sportveranstaltungen und die vielfältige Kulturlandschaft Anziehungspunkte. Insbesondere die Kultur stellt ein wesentliches Entwicklungspotenzial der Stadt dar. So ist z.B. Berlin als größter Galerienstandort Europas Aufenthaltsort von ca. 5000 aktiven Künstlerinnen und Künstlern. Es profitiert von einer beständig wachsenden Zahl von Besucherinnen und Besuchern, die Berlin vorrangig als Kulturstadt aufsuchen.

104.) AsF Berlin

Erledigt durch Neufassung der AK

Seite 11, Kapitel III b, Zeile 14 bis 19, Neuformulierung:

In der weltoffenen und kulturell interessanten Stadt Berlin sind Messen und Kongresse, beste Einkaufsmöglichkeiten, international bedeutende Sportveranstaltungen und die vielfältige Kulturlandschaft Anziehungspunkte. Insbesondere die Kultur stellt ein wesentliches Entwicklungspotenzial der Stadt dar. So ist z.B. Berlin als größter Galerienstandort Europas eine Stadt mit mehr als ca. 5000 aktiven Künstlerinnen und Künstlern. Es profitiert von einer beständig wachsenden Zahl von Besucherinnen und Besuchern, die Berlin vorrangig als Kulturstadt aufsuchen. Gefordert wird, insbesondere bei der Vergabe von Aufträgen Künstler und Künstlerinnen zu berücksichtigen und Existenzgründungshilfen für Künstlerinnen zu schaffen.

105.) KDV FrhainKreuz

Ablehnung

Seite 11, Kapitel III b, Zeile 28, Einfügung eines neuen vierten Spiegelstrichs:

- spezielle kreative Events z. B. im Bereich Mode, Design, Kunst, Kultur, Wasser entwickelt und in der Stadt durchgeführt werden

106.) AsF Berlin und

1. Spiegelstrich: Erledigt durch Neufassung der AK

Abt. 77 und Abt. 91/ CharIWilm

2. Spiegelstrich: Ablehnung

Seite 11, Kapitel III b, Zeile 28, Einfügung zwei neuer Spiegelstriche:

- die wechselseitige Präsentation der Stadt und der Institutionen der Bildenden Kunst und der Musik bei Internationalen Austauschen und Auftritten verbessert wird
- die Außenwirtschaftsförderung auch für Galerien, Vertreter und Vertreterinnen der Bildenden Kunst geöffnet wird

107.) KDV FrhainKreuz

Ablehnung

Seite 11, Kapitel III b, Zeile 29, Ersetzung des bisher 4. Spiegelstrichs „die Chancen, die sich für Berlin durch die Fußballweltmeisterschaft 2006 ergeben, optimal genutzt werden“ durch:

- Massenveranstaltungen wie z. B. die Fußballweltmeisterschaft 2006 verstärkt nach Berlin geholt werden und die Chancen, die sich für die Stadt dadurch ergeben optimal genutzt werden

108.) KDV FrhainKreuz

Erledigt durch Berliner Tourismuskonzept

Seite 11, Kapitel III b, Zeile 30, Anfügung von drei neuen Spiegelstrichen:

- Wassertourismus gestärkt wird.
- touristische Unternehmer und Anbieter und deren besondere Belange (wie z. B. Öffnungszeiten, Nutzung öffentlicher Straßen und Plätze, spezielle Hinweisschilder, Parkplätze) besonders unterstützt und gefördert werden.
- die Vernetzung zwischen Tourismus/Aus- und Weiterbildung/internationalen Aktivitäten konzeptionell unterstützt und aktiv betrieben wird.

109.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharIWilm

Erledigt durch Berliner Tourismuskonzept

Seite 11, Kapitel III b, Zeile 30, als zusätzlicher Spiegelstrich wird hinter "...optimal genutzt werden" angefügt:

- wassertouristische Potentiale (z.B. privater Bootstourismus) besser als bisher erschlossen werden.

110.) KDV FrhainKreuz

Erledigt durch Neufassung der AK

Seite 11, Kapitel III c, Zeile 55, Einfügung eines neuen Spiegelstrichs hinter „Unterstützung und Beratung für die Schaffung von Ausbildungsplätzen“:

- Aufgrund der bislang noch wenigen Ausbildungsbetriebe im ethnischen Gewerbe wird für kleinere Betriebe in diesem Segment ein eigener Ausbildungsverbund errichtet, welcher sprachlichen und kulturellen Besonderheiten berücksichtigt.

111.) KDV TempSchön

Annahme

Seite 11, Kapitel III c, Zeile 59, nach dem Spiegelstrich: „Spezielle Förderung von ausländischen ehemaligen...“weiteren Spiegelstrich anfügen:

- Existenzgründer/innen und Unternehmer/innen mit Migrationshintergrund den Zugang zu Beratungsangeboten zu erleichtern.

112.) Abt. 77 und Abt. 91 und Abt. 78/ CharlWilm und AsF Berlin

Annahme i.d.F.d.AK:

Seite 12, Kapitel IV, Zeile 10, nach dem ersten Satz ("... und realisiert wird") werden folgende zwei Absätze eingefügt:

Für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist die Kompetenz von Frauen unerlässlich. Dazu müssen Frauen gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen in der Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung erhalten. Dies muss die Wirtschaftspolitik unterstützen, z.B. durch Auftragsvergabe an frauen- und familienfördernde Unternehmen.

Für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist die Kompetenz von Frauen unerlässlich. Dazu müssen Frauen gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen in der Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung erhalten. Dies muss die Wirtschaftspolitik unterstützen, z.B. durch Auftragsvergabe an frauen- und familienfördernde Unternehmen.

Die gute Kita-Struktur Berlins ist daher ein wichtiger Standortvorteil.

Für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins steht die Bildung und Ausbildung im Mittelpunkt unserer Bemühungen. Die gute Kita-Struktur Berlins ist daher ein wichtiger Standortvorteil. Kitas als Bildungs- und Betreuungseinrichtungen ermöglichen Kindern eine wichtige vorschulische Ausbildung und Müttern wie Vätern ihren Beruf auszuüben.

Dann folgt als neuer Absatz "Wirtschaftliche Entwicklung ist für die Berliner SPD Chefsache... ..Senatskanzlei weiter begleitet werden."

113.) Abt. 04/ Reinickendorf

Ablehnung

Seite 12, Kapitel IV, Zeile 18, Anfügung:

Zur besseren Ausnutzung von EU-Fördermitteln ist in der Senatskanzlei eine zentrale Zuständigkeit mit der Zielsetzung zu schaffen, sämtliche Projekte hinsichtlich ihrer Förderfähigkeit zu überprüfen.

114.) KDV Pankow

Annahme

Seite 12, Kapitel IV a, Zeile 25:

Entwicklungsfähigkeit einer Stadt.

115.) KDV TempSchön

Annahme

Seite 12, Kapitel IV a, Zeile 29 bis 34 ersetzen durch:

Attraktive Quartiere sind ein wichtiger Standortfaktor. Hier können erfolgreiche kleine und mittlere Unternehmen wichtige Akteure für eine sozial ausgewogene Entwicklung Berlins sein. Die wirtschaftliche Auseinanderentwicklung zwischen den Stadtteilen führt dazu, dass nur bestimmte Stadtteile von wirtschaftlicher Entwicklung profitieren und das Potenzial der Bewohnerinnen und Bewohner von Stadtteilen mit besonderen Problemlagen ungenutzt bleibt. Das Ziel der wirtschaftlichen Stabilisierung von Berliner Quartieren, die von einer Konzentration sozialer Problemlagen und dem Wegzug von mobilen finanzstärkeren Haushalten betroffen sind, vollzieht sich an der Schnittstelle von Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik. Um eine weitere negative Entwicklung in diesen

Kiezen zu verhindern, ist die Unterstützung von quaternahen Einzelhandelseinrichtungen sowie kleinen und mittleren Betrieben in den Stadtteilen eine wichtige Voraussetzung. Programme und Aktivitäten zur Wirtschaftsentwicklung müssen sich stärker auf eine niedrigrschwellige und räumlich dezentrale Unternehmensförderung ausrichten.

116.) KDV Pankow

Ablehnung

Seite 12, Kapitel IV a, Zeile 40, Umformulierung:

Um einen möglichst einfachen Zugang zu den bestehenden Beratungsangeboten zu gewährleisten, sind kurze Wege für Gewerbean- und ummeldungen in den Bezirken erforderlich. Hierzu sind die zentralen Anlauf- und Beratungsstellen in den Bezirken unverzüglich einzurichten.

117.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm

Ablehnung

Seite 12, Kapitel IV a, Zeile 46 bis 60 streichen

118.) KDV StegZehl

Annahme

Seite 12, Kapitel IV a, Zeile 57, Ersetzung des Satzes "Wir fordern daher " durch folgenden Satz:

Wir setzen uns dafür ein:

119.) KDV TempSchön

Annahme

Seite 12, Kapitel IV a, Zeile 63, nach dem Spiegelstrich: "die gesamtstädtische und die bezirkliche Wirtschaftsförderung besser zu verzahnen" zwei weitere Spiegelstriche einfügen:

- eine Wirtschaftsförderung, die verstärkt dezentral in den Kiezen erfolgt,
- eine gezielte Förderung lokal-wirtschaftlicher Aktivitäten in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf,

120.) KDV FrhainKreuz

Erledigt durch Neufassung der AK

Seite 12, Kapitel IV a, Zeile 65 bis 66, Ersetzung des bisher 4. Spiegelstrichs durch:

- den Bestand an großflächigen Einzelhandel nicht mehr zu erweitern,

121.) Abt. 04/ Reinickendorf

Erledigt durch Neufassung der AK

Seite 13, Kapitel IV a, Zeile 3, Ergänzung des 5. Spiegelstrichs:

Hierbei ist insbesondere die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für sog. BID-Abgaben ("Business Improvement District") in Betracht zu ziehen, um kooperative Initiativen gewerblicher Grundeigentümer zur Quartiersentwicklung zu ermöglichen.

122.) KDV TempSchön

Erledigt bei Annahme Nr. 68

Seite 13, Kapitel IV a, Zeile 3 bis 5, Streichung des Spiegelstrichs:

- die Interessen zwischen Unternehmen und Anwohnerinnen und Anwohnern bei städtebaulichen Maßnahmen auszugleichen,

123.) KDV Mitte

Erledigt durch tätiges Handeln auf allen Ebenen

Seite 13, Kapitel IV a, Zeile 11, folgenden Spiegelstrich anfügen:

- Bündelung der Luftverkehrsaktivitäten im neuen Flughafen BBI.

124.) KDV Mitte

Erledigt durch Neufassung der AK

Seite 13, Kapitel IV b, Zeile 27, neuen 2. Spiegelstrich einfügen:

- **Schulen, Hochschulen und außeruniversitäre Forschungsstätten**
Sie sind primär Einrichtungen des Staates. Dagegen brauchen Grundlagenforschung und nicht kommerziell verwertbare Universitätsdisziplinen die Förderung und den

Schutz des Staates. Die entscheidende Wachstumsresource Bildung bedarf der langfristigen Sicherung und Förderung durch den Staat.

125.) KDV TempSchön

Annahme

Seite 13, Kapitel IV b, Zeile 31 bis 32, die Worte „stellen kann, insbesondere für soziale und ökologische Ziele oft keinen Raum lässt,“ werden ersetzt durch:
stellt

126.) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz

Wird unter „Sonstige Anträge“, Bereich Umwelt (Antrag Nr. 08/IV/05) abgedruckt und beraten

**Seite 13, neues Kapitel IV b, Einfügung nach IV a:
IV b) Berlin zukunftsfähig machen – Umweltschutz schafft Arbeit**

Die Nutzung erneuerbarer und effizienter Energietechniken ist ein hervorragendes Beispiel, wie zukunftsfähige Wirtschaftszweige erschlossen werden und gleichzeitig in Berlin Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden können. Durch die von der rot-grünen Bundesregierung initiierte Energiewende erfahren die erneuerbaren Energien einen starken Aufschwung. Das hat nicht nur einen Aktienboom für Solarstromfirmen ausgelöst. Die Branche der erneuerbaren Energien ist Innovations- und Wachstumsmotor und hat bereits mehr als 150.000 neue Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen. Berlin muss an dieser Entwicklung teilhaben, denn es verfügt über hervorragende Wissenschafts- und Forschungskompetenz auf dem Gebiet der Umwelttechnik im Allgemeinen und der Solartechnologie im Speziellen. Dieses Know-how darf nicht, wie so oft in der Vergangenheit, aus der Stadt abwandern, sondern muss entwickelt und gefördert werden. Mit einer lokalen Schwerpunktsetzung z.B. am Standort Adlershof, an dem in einer Fabrik Solartechnik produziert werden könnte, entstehen regionale Netzwerke mit echter Wertschöpfung. Nur so können Arbeitsplätze für die Zukunft geschaffen werden, wenn Forschung und Entwicklung mit der Produktion vor Ort in einander greifen und Synergien genutzt werden und nicht einfach in Billiglohnländer verlagert werden können.

Berlin muss dieses Angebot an innovativer Umwelttechnik „made and produced in Berlin“ durch eine verstärkte Nachfrage fördern. Hier setzt das Programm „Weg von fossilen Energieträgern – Umweltschutz schafft Arbeit“ an, das sich auf Antrag der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus in der Beratung befindet.

Denn die zu erwartende weitere Steigerung der Energiepreise und die Auswirkungen der Klimaveränderung fordern dringend Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und des verstärkten Einsatzes erneuerbarer Energien. Finanzieren lassen sich diese Investitionen durch die eingesparten Energiekosten im wärmesanierten Gebäudebestand und im Rahmen von der sog. Energiesparpartnerschaften. Die eingesparten Energiekosten kommen im Zuge von Gebäudesanierungen der regionalen Wirtschaft, insbesondere dem Handwerk und Baugewerbe, zu Gute und erhöhen gleichzeitig die lokale Wertschöpfung. Die öffentliche Hand soll mit der Wärmesanierung ihrer Einrichtungen beispielgebend sein, um möglichst viele Unternehmen und Privathaushalte zur Nachahmung zu ermuntern.

Das Programm soll u.a. die folgenden Maßnahmen beinhalten:

- **Umfassende Wärmeschutzsanierung der öffentlichen Gebäude** und der Gebäude landeseigener Unternehmen. Nicht verausgabte Wirtschaftsfördermittel und andere Förderprogramme sind nach Möglichkeit zur Finanzierung hinzuzuziehen. Bei Abschluss von Contractingverträgen ist eine Wärmeschutzsanierung vorzusehen.
- **Wärmeschutzsanierung des Berliner Gebäudebestandes:** die Wohnungsbaugesellschaften und öffentlichen

Einrichtungen haben in ihrem Gebäudebestand schrittweise Wärmeschutzsanierungen durchzuführen. Hierbei sind die Förderprogramme des Bundes (KfW-Programm) wahrzunehmen, so dass Warmmietsteigerungen entweder nicht notwendig sind oder auf ein sozial verträgliches Maß begrenzt bleiben.

- **Solares Bauen zum Standard machen:** Auch durch die Einführung einer Baupflicht für erneuerbare Energiesysteme im zu novellierenden Berliner Energiespargesetz sollen u.a. thermische Solaranlagen für Gebäudeneubauten und Wohnbauten, die umfassend instand gesetzt oder modernisiert werden, zum Standard werden. Hiermit soll in diesen Bauten künftig mindestens ein Drittel des Warmwasserbedarfs über z.B. thermische Solaranlagen gedeckt werden. Fördermittel des Bundes sind zur Kofinanzierung in Anspruch zu nehmen.
- **Berliner Verwaltung als Vorreiter für umweltfreundliche und energieeffiziente Produkte:** Die Berliner Verwaltung muss Vorbild gebend sein für eine nachhaltige und langfristig Kosten sparende Wirtschaftsweise. Daher sind die Ausführungsvorschriften für umweltfreundliche Beschaffungen und die Auftragsvergabe nach der Vergabungsordnung für Leistungen (AVUmVOL) an die neusten Entwicklungen des europäischen Vergaberechts anzupassen, die weitergehende Möglichkeiten zur Berücksichtigung von Umweltbelangen eröffnen. Bei öffentlichen Vergaben und allen Ausschreibungen sind neben den wirtschaftlichen und technischen Kriterien zwingend zu einem Drittel ökologische Kriterien zu berücksichtigen (z.B. Ressourcen- und Energieverbrauch, Lärm- und Schadstoffemissionen, Einsatz erneuerbarer Energien, Recycling- bzw. Wiederverwendbarkeit). So sind z.B. ab sofort nur noch die energieeffizientesten Produkte und Geräte zu beschaffen bzw. einzusetzen (bei Elektrogeräten die jeweils energieeffizientesten Geräte, nie unter A+). Die öffentlichen Fuhrparks dürfen ab dem Jahr 2007 nur noch Pkw beschaffen, die im Stadtzyklus weniger als 6,5 Liter Kraftstoff auf 100 km verbrauchen, ab dem Jahr 2009 5,5 l/100km und ab dem Jahr 2011 5,0 l/100 km. Für die Anschaffung von Lkw ist ein analoges Zielsystem zu verabschieden.

**127.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharWilm und
FA VIII / Soziale Stadt – AG Verkehr
Seite 13, neues Kapitel IV b, Zeile 13 (Einfügung nach IV
a):**

**Wird unter „Sonstige Anträge“, Bereich Verkehr
(Antrag Nr. 14/IV/05) abgedruckt und beraten**

IV b. Berlin zum Kompetenzzentrum für Verkehr und Mobilität entwickeln

Ein innerstädtisches Verkehrssystem, das hohe Mobilität und gleichzeitig geringe Lärm- und Luftbelastungen gewährleistet, ist ein wirtschaftlicher Standortfaktor. Für die Wettbewerbsfähigkeit Berlins ist die Fernerreichbarkeit der Innenstadt wichtig, z.B. die schnelle Erreichbarkeit der Innenstadt vom neuen Flughafen BBI. Die SPD setzt sich für den Wiederaufbau der Dresdener Bahn ein, damit der Potsdamer Platz in weniger als 20 Minuten mit dem „Flughafenexpress“ erreichbar ist.

Berlin hat seit der Erfindung der elektrischen Bahn im 19. Jahrhundert eine Tradition bei der Entwicklung von Innovationen im Verkehr. Daran knüpfen wir an und wollen Berlin wieder zu einem Kompetenzzentrum für Verkehr zu entwickeln. Die SPD setzt sich dafür ein, dass im Bereich Verkehr/Mobilität die Forschungs- und Technologieförderung sowie die Netzwerkaktivitäten im Forschungs- und Anwendungsverbund Berlin (FAV) auf inhaltliche Schwerpunkte ausgerichtet werden, die den stadtpolitischen Zielen und der regionalen Wertschöpfung dienen. Alle Fördermöglichkeiten des Bundes und der EU (z.B. das 7. Forschungsrahmenprogramm) müssen genutzt werden.

- **Schwerpunkt: Innovationen beim umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene:**

Die Bahnindustrie ist einer der wenigen industriellen Kerne in der Region. Es sind Innovationen für den grenzüberschreitenden Schienenverkehr nach Osteuropa gefragt. Sie reichen vom EU standardisierten Lokführerstand, mit denen Schienenfahrzeuge in die benachbarten europäischen Netze verkehren können bis zu Lösungen bei den unterschiedlichen Stromsystemen in den Systemwechselbahnhöfen an den Grenzen. Weitere Innovationsfelder liegen bei der Senkung von Lärmemissionen, die von Schienenfahrzeugen und an der Schnittstelle Rad/Schiene ausgehen.

- **Schwerpunkt: sauberer und leiser Kraftfahrzeugverkehr („clean vehicles“)**

Europäische Städte müssen Anstrengungen unternehmen, um Grenzwerte der EU zur Luftqualität und zum Umgebungslärm einzuhalten. Mit dem TELLUS-Projekt der CIVITAS-Initiative konnte Berlin EU-Mittel und private Gelder mobilisieren, um innovative Projekte für einen sauberen Verkehr durchzuführen. Durch die Kombination mit anderen Programmen (z.B. „Tausend Umwelttaxis“, Aufbau einer Erdgasstellen-Infrastruktur durch das Umweltentlastungsprogramm) ist Berlin zum Kompetenzzentrum für Ergasfahrzeuge aufgestiegen. Das Forschungsfeld „Leiser Straßenverkehr – Reduzierte Reifen - Fahrbahn - Geräusche“ ist dagegen in Berlin bisher vernachlässigt wurden.

- **Schwerpunkt: Kostensenkung und Flexibilisierung im ÖPNV**

Für die Schaffung flexibler ÖPNV - Angebote sind weitere Forschungs- und Anwendungsaktivitäten notwendig. Dies gilt für die Bedienung in nachfrageschwachen Stadträumen und Zeiten und für den Schienenverkehr. Der internationale Trend geht zur Automatisierung des U- Bahn - Betriebes, um den ÖPNV wirtschaftlicher zu gestalten und gleichzeitig den Betrieb auf kurzfristige Nachfrageschwankungen zu flexibilisieren. Hier war Berlin bis 1999 mit dem Projekt STAR internationaler Vorreiter. Die SPD bedauert, dass das in Berlin entwickelte Know How nach Nürnberg/Erlangen abgewandert ist und dort heute Arbeitsplätze schafft. Die SPD fordert den Wiedereinstieg, mit einer Referenzlinie bei der BVG.

- **Schwerpunkt: Telematik**

Telematik kann dazu beitragen, vorhandene Ressourcen der Verkehrsinfrastruktur besser zu nutzen und Netzerweiterungen zu vermeiden. Innovative Abrechnungssysteme für die Nutzung von Verkehrsinfrastruktur spielen eine steigende Rolle. Für die Attraktivität des ÖPNV ist die Weiterentwicklung dynamischer Fahrgastinformationssystemen wichtig. Von Bedeutung sind Systeme, die ein besseres Management zur Pünktlichkeit und Anschlussicherung im ÖPNV ermöglichen.

- **Schwerpunkt: Luftfahrt**

Forschungsaktivitäten in Berlin erstrecken sich heute vom Flugsimulator, über Luftmonitoring zur Verkehrsüberwachung bis zur Werkstoffforschung. Im Umland wirken auch Unternehmen aus dem Bereich der Luftfahrtindustrie am Netzwerk mit. Da Berlin auch in der Medizinforschung im Umfeld der Charité über Kompetenzen verfügt, sind Kompetenzfeld - übergreifende Vorhaben an der Schnittstelle zwischen Luftfahrt und Medizin chancenreich, z.B. Projekte zur Vermeidung notfallbedingter Notlandungen durch ein mobiles Notfallsystem z.B. bei Herzinfarkten von Passagieren.

128.) **Abt. 77 und Abt. 91 und Abt. 78/ CharlWilm**
Seite 13, Einfügung nach dem neuen Kapitel IV b
IV c) Berlin zukunftsfähig machen – Umweltschutz schafft Arbeit

Erledigt bei Annahme Nr. 126 unter Umwelt
(Antrag Nr. 08/IV/05)

Die Nutzung erneuerbarer und effizienter Energietechniken ist ein Beispiel, wie zukunftsfähige Wirtschaftszweige erschlossen werden und gleichzeitig in Berlin Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden können. Durch die von der rot-grünen Bundesregierung initiierte Energiewende erfahren die erneuerbaren Energien einen starken Aufschwung. Das hat nicht nur einen Aktienboom für Solarstromfirmen ausgelöst, dem weitere folgen werden. Die Branche der erneuerbaren Energien ist Innovations- und Wachstumsmotor und hat bereits mehr als 150.000 neue Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen. Berlin muss an dieser Entwicklung teilhaben, denn es verfügt über hervorragende Wissenschafts- und Forschungskompetenz auf dem Gebiet der Umwelttechnik im Allgemeinen und der Solartechnologie im Speziellen. Dieses Know-how darf nicht, wie so oft in der Vergangenheit, aus der Stadt abwandern, sondern muss entwickelt und gefördert werden. Mit einer lokalen Schwerpunktsetzung z.B. am Standort Adlershof, an dem in einer Fabrik Solartechnik produziert werden könnte, entstehen regionale Netzwerke mit echter Wertschöpfung. Nur so können Arbeitsplätze für die Zukunft geschaffen werden, wenn Forschung und Entwicklung mit der Produktion vor Ort ineinander greifen und Synergien genutzt werden und Arbeitsplätze nicht einfach in Billiglohnländer verlagert werden können.

Berlin muss dieses Angebot an innovativer Umwelttechnik "made and produced in Berlin" durch eine verstärkte Nachfrage fördern. Die zu erwartende weitere Steigerung der Energiepreise und die Auswirkungen der Klimaveränderung erfordern dringend Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und des verstärkten Einsatzes erneuerbarer Energien. Finanzieren lassen sich diese Investitionen durch die eingesparten Energiekosten im wärmesanierten Gebäudebestand und im Rahmen von der sog. Energiesparpartnerschaften. Die eingesparten Energiekosten kommen im Zuge von Gebäudesanierungen der regionalen Wirtschaft, insbesondere dem Handwerk und Baugewerbe, zu Gute und erhöhen gleichzeitig die lokale Wertschöpfung. Die öffentliche Hand soll mit der Wärmesanierung ihrer Einrichtungen beispielgebend sein, um möglichst viele Unternehmen und Privathaushalte zur Nachahmung zu ermuntern.

Ein Programm "Weg von fossilen Energieträgern – Umweltschutz schafft Arbeit" muss u.a. die folgende Maßnahmen beinhalten:

Umfassende Wärmeschutzsanierung der öffentlichen Gebäude und der Gebäude landeseigener Unternehmen. Nicht verausgabte Wirtschaftsfördermittel und andere Förderprogramme sind nach Möglichkeit zur Finanzierung hinzuzuziehen. Bei Abschluss von Contractingverträgen ist eine Wärmeschutzsanierung vorzusehen.

Wärmeschutzsanierung des Berliner Gebäudebestandes: die Wohnungsbaugesellschaften und öffentlichen Einrichtungen haben in ihrem Gebäudebestand schrittweise Wärmeschutzsanierungen durchzuführen. Hierbei sind die Förderprogramme des Bundes (KfW-Programm) wahrzunehmen, so dass Warmmietsteigerungen entweder nicht notwendig sind oder auf ein sozial verträgliches Maß begrenzt bleiben.

Solares Bauen zum Standard machen: Auch durch die Einführung einer Baupflicht für erneuerbare Energiesysteme im zu novellierenden Berliner Energiespargesetz sollen u.a. thermische Solaranlagen für Gebäudeneubauten und Wohnbauten, die umfassend instand gesetzt oder modernisiert werden, zum Standard werden. Hiermit soll in diesen Bauten

künftig mindestens ein Drittel des Warmwasserbedarfs über z.B. thermische Solaranlagen gedeckt werden. Fördermittel des Bundes sind zur Kofinanzierung in Anspruch zu nehmen.

Berliner Verwaltung als Vorreiter für umweltfreundliche und energieeffiziente Produkte: Die Berliner Verwaltung muss Vorbild gebend sein für eine nachhaltige und langfristige Kosten sparende Wirtschaftsweise. Daher sind die Ausführungsvorschriften für umweltfreundliche Beschaffungen und die Auftragsvergabe nach der Verdingungsordnung für Leistungen (AVUmVOL) an die neusten Entwicklungen des europäischen Vergaberechts anzupassen, die weitergehende Möglichkeiten zur Berücksichtigung von Umweltbelangen eröffnen. Bei öffentlichen Vergaben und allen Ausschreibungen sind neben den wirtschaftlichen und technischen Kriterien zwingend zu einem Drittel ökologische Kriterien zu berücksichtigen (z.B. Ressourcen- und Energieverbrauch, Lärm- und Schadstoffemissionen, Einsatz erneuerbarer Energien, Recycling- bzw. Wiederverwendbarkeit).

129.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm **Ablehnung**
Seite 13, Kapitel IV b, Zeile 13, bisherige Überschrift IV b) wird IV d) und erhält folgende Fassung:
Wirtschaftskraft der Stadt durch vorausschauende Finanzpolitik und öffentliche Unternehmen sichern

130.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm **Ablehnung**
Seite 13, Kapitel IV b, Zeile 35, nach 1. Spiegelstrich Einfügung eines 2. Absatzes:
Zugleich stellen öffentliche Unternehmen einen wichtigen Wirtschaftsfaktor für das Investitionsgeschehen und die branchenspezifische Nachfrage in Berlin dar. Vor allem in den Kompetenzfeldern Verkehrstechnik und Gesundheitswirtschaft sind die öffentlichen Unternehmen ein unverzichtbarer Faktor für die Clusterbildung.

131.) Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm **Erledigt durch Neufassung der AK**
Seite 13, Kapitel IV b, Zeile 60, neuer Absatz nach dem 3. Spiegelstrich:
Die öffentliche Hand als Auftraggeber für die gewerbliche Wirtschaft" ist folgender erster Absatz neu einfügen: "Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sind nicht nur für den Erhalt der Lebensqualität der Bevölkerung und als Voraussetzung für einen funktionsfähigen Wirtschaftsstandort entscheidend, sondern die öffentliche Nachfrage bildet zugleich einen nicht unerheblichen Faktor für die Auftragslage mittelständischer Unternehmen.

132.) Abt 78/ CharlWilm **Ablehnung**
Seite 14, Zeile 61, Anfügung eines neuen Kapitels IV c: IV c Gerechte Verteilung der Arbeit
Ziel der SPD ist eine Vollbeschäftigung. Uns ist aber bewusst dass dies nicht nach dem traditionellen Muster möglich ist, d.h. eine lebenslange Vollzeitbeschäftigung mit über 1.200 oder mehr Stunden im Jahr. Daher muss trotz der bekannten Probleme (z.B. Einkommensverzicht) neben allen anderen Maßnahmen auch die Arbeit gerechter verteilt werden. Hierzu existieren unterschiedliche Modelle, die auf ihre Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit zu prüfen sind, z.B. das niederländische Modell (TZA-Teilzeitarbeit 20-32 Std./Woche, das Land mit der niedrigsten Arbeitslosenquote und niedrigsten Arbeitszeit pro Erwerbstätige in Europa). Teilzeitarbeit verteilt die Arbeit nicht nur gerechter, sondern schafft für Eltern und ältere Beschäftigte eine neue Perspektive der Verzahnung von Arbeit und persönlichen Bedürfnissen, sie muss allerdings ein Existenz sicherndes Einkommen ermöglichen. Auf mittlere Sicht wird dies aufgrund des demographischen Faktors und der Verlängerung der Lebensarbeitszeit eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Die öffentliche Hand muss her eine Vorreiterrolle übernehmen und bei gleichen Personalkosten eine erheb-

lich höhere Anzahl von Menschen beschäftigen (z.B. im Bildungs- und Erziehungssektor). Ziel ist hierbei ein Beschäftigungspakt für die kommenden 20 Jahre, nachdem bei Neueinstellungen i.d.R. nur noch TZA-Stellen (20-30 Std. Woche) vergeben werden.

Beschlussprotokoll Teil 1 (Änderungsanträge zum Leitantrag)

Landesparteitag der Berliner SPD am 26.11.2005

Seite 29

Änderung Antrag Nr. 41
(eingebracht von Mechthild Rawert)

Ergänzung Leitantrag S. 21

Wir wollen sicherstellen, dass die bisherigen gleichstellungspolitischen Ziele und Instrumente auch weiterhin gelten.

Beschluss:

Annahme i. d. F. d. AK:

(Einfügung Seite 45 nach Zeile 55)

Wir wollen an unseren gleichstellungspolitischen Zielen und Instrumenten auch weiterhin festhalten.

Änderungsantrag Traugott Kloose und Klaus Katzur
Ergänzung des Leitantrages
Einfügung als neuer Punkt:

I f) Weitere Ansiedlung von Bundeseinrichtungen in Berlin

Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, schrittweise weitere Anteile von Bundesministerien aus Bonn nach Berlin zu verlagern bis schließlich die vollständige Ansiedlung aller Bundesministerien erreicht ist. Über die bereits geplante, aber noch nicht entschiedene Verlagerung des Bundesnachrichtendienstes (BND) hinaus sollten auch weitere Bundessicherheitsbehörden (BfV, BKA) in Berlin konzentriert werden.

Dies dient der besseren Effizienz und Effektivität der Bundesregierung, insbesondere in Sicherheitsfragen. Es schafft zugleich zusätzliche qualifizierte Arbeitsplätze in erheblichem Umfang und stärkt den Wirtschaftsstandort Berlin durch zusätzliche Investitionen und vor allem durch zusätzliche Konsumnachfrage.

Beschluss:
Überweisung an Senat

Wirtschaftspolitische Ziele der SPD Berlin

Beschlussfassung des Landesparteitages der Berliner SPD am 26.11.2005
(Antrag Nr. 01/IV/05)

Einleitung

Berlin hat als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland viele Entwicklungspotentiale und eine große Verantwortung. Die hohe Internationalität Berlins ist zugleich Chance und Herausforderung. Für uns ist eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik immer eine Querschnittsaufgabe aller Politikfelder.

Die Berliner Wirtschaft ist eingebettet in die wirtschaftliche Lage und Entwicklung Deutschlands, der EU und der übrigen Industrieländer. Alle stehen gemeinsam vor der großen Aufgabe, die Probleme und Chancen der zunehmenden Globalisierung so zu lösen, dass es den Bedürfnissen der Menschen dient.

Vorrangiges Ziel unserer dem Sozialen und der Ökologie verpflichteten Wirtschaftspolitik ist der Erhalt von bestehenden und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung basiert auf Innovationen. Innovationen können nur in einer Gesellschaft Raum finden, in der die Menschen ihre Ideen und ihr Leben selbst bestimmt gestalten können und sich der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität verpflichtet fühlen. Die Freiheit Neues zu denken und zu wagen gibt es nur, wenn unsere Gesellschaft selbst veränderungsbereit ist.

Ein tolerantes Klima in der Stadt, das neben einem modernen Familienbild und modernen Familienstrukturen auch weitere Lebensformen und Lebensentwürfe (z.B. gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, Wohngemeinschaften, Single) zulässt, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf, die Mitbestimmung und Teilhabe der Menschen an Arbeit und Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik und die Offenheit unseres Landes für Migration sind für unsere Innovationskraft unerlässlich.

Für eine nachhaltige Beschäftigungsfähigkeit bei steigenden Anforderungen des Arbeitsmarktes brauchen die Beschäftigten eine abgeschlossene Berufsausbildung als Grundlage und ein den veränderten beruflichen Anforderungen angepasstes, differenziertes Angebot an beruflicher Fort- und Weiterbildung, um dem Anspruch an ein „lebenslanges Lernen“ gerecht zu werden.

Die Berliner SPD will das ihr Mögliche tun, um nachhaltiges Wachstum in allen Wirtschaftsbereichen der Stadt langfristig zu erreichen, will aber auch dafür Sorge tragen, dass jede Berlinerinnen und jeder Berliner an den Ergebnissen dieser Entwicklungen teilhaben kann. Die Wirtschaftspolitik der Berliner SPD steht für das bewährte Zusammenspiel von starker Wirtschaft, starken Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und funktionsfähigem Sozialstaat. Wirtschaftliche Prosperität und soziale Gerechtigkeit sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander.

Berlin hat ein großes Potential und überzeugende Standortvorteile: kleine und mittlere Betriebe mit großem Tendenz, innovative Unternehmen mit großer Nähe zu den zahlreichen Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen, gut ausgebildete Fachkräfte mit hoher Sprach- und Kulturkompetenz, günstige Mieten und Lebenshaltungskosten, vernetzte Strukturen mit unseren europäischen Nachbarn und außerdem eine attraktive Kulturlandschaft und dadurch große Anziehungskraft auf Gäste aus aller Welt.

I. Zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik für mehr Beschäftigung in Berlin

Die zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik der SPD Berlin stellt sich den Herausforderungen des regionalen und globalen Wettbewerbs und bewahrt gleichzeitig das Prinzip des Sozialstaates als Grundlage unserer Gesellschaft. Wir haben den Mut zu strukturellen Änderungen. Diesen Weg werden wir fortsetzen. Wir setzen auf die besonderen Kompetenzen der Metropole Berlin. Dafür haben wir Strategien entwickelt, um zum einen bestehende Unternehmen zu unterstützen und zum anderen Existenzgründungen und Neuansiedlungen von Unternehmen zu fördern.

Die bestehenden Wirtschaftsstrukturen der Region müssen von der Politik dabei unterstützt werden, ihre Ausrichtung und Zusammenarbeit zu verbessern, damit neue Kompetenzen erfolgreich entwickelt werden können und die Region für Neuansiedlungen interessant wird. Notwendig erscheint eine weitere akteursorientierte Vernetzung. Forschung und auch Förderung (z. B. durch die EU), spielen eine wichtige Rolle.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zielt auf die Schaffung und Erhaltung von qualitativ hochwertigen, dauerhaft Existenz sichernden und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in wirtschaftlich stabilen und wettbewerbsfähigen Unternehmen.

Kurzfristig hoch subventionierte Ansiedlungserfolge reichen für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik nicht aus. Unsere Wirtschaftspolitik ist auf langfristige Entwicklungen, die den Nutzen für das Land durch stabile Strukturen und klare Verabredungen sicherstellen, angelegt. Wo der Standortwettbewerb nur den Renditeinteressen der Anteilseigner Rechnung trägt, werden wir unseren Gestaltungsspielraum nutzen, um diesem entgegenzutreten.

Es ist entscheidend, nicht nur im hoch qualifizierten Sektor Arbeitsplätze zu schaffen, sondern auch weniger qua-

lifizierten Arbeitskräften die Möglichkeit auf Arbeit zu bieten.

Vor dem Hintergrund eines tief greifenden Wandels der Wirtschaftsstruktur ist ein neues Verständnis des Ziels der Vollbeschäftigung notwendig. Dazu ist eine Arbeitszeitverkürzung genauso notwendig wie eine gezielte Qualifizierungspolitik. Zur Überwindung der andauernden konjunkturellen Krise ist eine aktive Beschäftigungspolitik weiterhin nötig. Wirtschaftsförderung allein kann diese nicht ersetzen.

Dabei ist sowohl die Gestaltung der Förderbedingungen als auch die Information und Beratung so zu gestalten, dass Frauen noch stärker bei der Entscheidung für eine unternehmerische Existenz unterstützt werden. Wir brauchen darüber hinaus neben der Förderung bei Gründungen eine bessere Unterstützung in Krisensituationen (Coaching) und bei der Ausweitung der Geschäftstätigkeit nach der Gründungsphase.

I. a) Moderne Industriepolitik für Berlin

Eine leistungs- und zukunftsfähige Industrie ist Motor für eine wachsende Wirtschaft mit hoch entwickelten Dienstleistungs- und Wissenssektoren und ist damit Voraussetzung für neue Arbeitsplätze.

Berlin braucht mehr Fertigungsstätten mit den dazu gehörenden Dienstleistungen wie Logistik, Entwicklung, Marketing und Finanzierung.

Ein modernes, leistungsfähiges verarbeitendes Gewerbe vor Ort bietet die Chance mit verstärkter Kooperation Forschungsergebnisse der Wissenschaft in marktfähige Produkte umzuwandeln und so neue Beschäftigung am Standort zu schaffen.

Wir unterstützen die „Wachstumsinitiative 2004 - 2014“ des Senats und der Wirtschaftsverbände und setzen uns dafür ein, die Gewerkschaften an diesem Dialog noch stärker zu beteiligen.

Die Strategie der SPD Berlin zum Ausbau Berlins als Industrie- und Dienstleistungsstandort zielt auf:

- eine nachhaltige Entwicklung der Berliner Forschungsstätten und Hochschulen,
- den Ausbau und eine stetige Festigung Berlins als Standort für internationale Kongresse und als Anziehungspunkt für Touristen,
- einen kontinuierlichen Dialog zwischen Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften
- Erhalt und Ausbau bestehender Unternehmen
- die Förderung von Existenzgründungen und Selbständigen durch konsequente Anwendung aller vorhandenen Förderinstrumente
- die Bildung von Netzwerken
- der Bereitstellung ausreichender Industrieflächen zu attraktiven Preisen
- die Förderung von Ansiedlungsvorhaben
- die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe

I. b) Mittelstandorientierte Wirtschaftsförderung

Die Berliner SPD verbindet die Strategie zur Stärkung der Kompetenzfelder mit einer Strategie zur Förderung des Mittelstandes. Mittelständische Bestandsentwicklung setzt eine branchenunabhängige Basisförderung und individuell angepasste Begleitmaßnahmen voraus: Beratung durch Expertinnen und Experten, Qualifizierung, Unterstützung bei Marketing und Akquisition, Bildung von Unternehmensnetzwerken.

Die finanzielle Unternehmensförderung, besonders im Bereich der Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU), erscheint vielen Banken immer weniger lukrativ, mit der Folge, dass Existenzgründerinnen und Existenzgründer und innovative KMU große Schwierigkeiten bei der Beschaffung des notwendigen Kapitals haben. Dieser Missstand erfordert unser politisches Handeln. Hierzu war die Ausgründung der Investitionsbank Berlin (IBB) als Landesstruktur- und Förderbank ein wichtiger Schritt.

Wir wollen an unseren gleichstellungspolitischen Zielen und Instrumenten auch weiterhin festhalten.

Es ist die Aufgabe der IBB, innerhalb des Spektrums der Wirtschaftsförderlandschaft entscheidend zur Mittelstandsfinanzierung beizutragen. Dies geschieht sowohl mit eigenen Programmen, wie dem KMU-Fonds, dem Wachstumsfonds, dem Venture-Capital-Fonds, als auch mit der Durchreichung von Mitteln des Bundes und der EU. Das Fördergeschäft der IBB soll in erster Linie über die Vergabe von Krediten aus revolving Fonds erfolgen, so dass eine wiederholte Ausreichung der Fördergelder ermöglicht wird.

Wir unterstützen die Vorschläge der Enquete-Kommission „Eine Zukunft für Berlin“, die Wirtschafts- und Innovationspolitik auf eine Clusterstrategie mit eigenen Leitbildern auszurichten und zu erweitern. Darüber hinaus erkennen wir die Kompetenzfelder Berlins, die über die Cluster der Gesundheits- und der Medienwirtschaft hinausgehen. Diese Kompetenzfelder sind insbesondere Verkehrstechnik, Umwelttechnik, Nano- und Optotechnik, Biotechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie die Sport-, Kreativ- und Kulturwirtschaft.

Die Ziele unserer Mittelstandspolitik:

- Bei der Ansiedlung und Förderung von Unternehmen muss stärker auf positive Wirkungen für die regionale

mittelständische Wirtschaft geachtet werden.

- Förderungen aus öffentlichen Mitteln sollen so transparent wie möglich erfolgen. Die Einbeziehung des Parlaments wird von uns daher angestrebt.
- Es muss der Ermessensspielraum bei der Auftragsvergabe zu Gunsten regionaler Unternehmen genutzt werden. Das Beratungsangebot muss verbessert und für Kooperationsziele bezirksseitig organisiert werden.
- Bei der Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ müssen Investitionen von KMU, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen, mit der höchstmöglichen Förderung unterstützt werden. Daneben müssen aber auch Investitionen von KMU zur Sicherung von Arbeitsplätzen förderwürdig bleiben.
- Die Wirtschaftsförderung muss auf Unternehmen in regionalen Wertschöpfungsketten ausgeweitet werden. Bevorzugt gefördert werden bislang Unternehmen mit hohem Investitionsaufkommen und hohem Materialfluss. Zukünftig sollten als Förderkriterium auch Unternehmenskonzepte mit hohem Personaleinsatz und innovativem Unternehmungs-potential unterstützt werden.
- Der zielgerichtete Ausbau der Cluster Gesundheitswirtschaft und Medien muss entsprechend den Vorschlägen der Enquetekommission unterstützt werden.
- Netzwerke der Kulturwirtschaft und kulturwirtschaftliche Existenzgründungen sind zu fördern.
- Die bestehenden Kompetenzfelder sollen ausgebaut und durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ besonders unterstützt werden. Das Ziel dabei ist, diese Kompetenzfelder in den Schwerpunkten zu bündeln und zu einer integrativen Innovationsstrategie mit Brandenburg zu entwickeln (Kompetenzfeldstrategie). In diesen Bereichen prägen Forschungseinrichtungen und hoch innovative Unternehmen das Bild.
- Der Erhalt bestehender Unternehmen ist die kontinuierliche Aufgabe der Wirtschaftsförderung. Auf Landes- und Bezirksebene sollen Institutionen der Wirtschaftsförderung auch zur Beratung für Bestandsunternehmen verlässliche Ansprechpartner und kompetente Berater sein. Insbesondere für die Betreuung von Kleinunternehmen und Selbstständigen sollen den Bezirken zweckgebundene Fördermittel bereitgestellt werden.
- Die Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderungsinstitutionen Berlins und Brandenburgs muss mit dem Ziel der Vermeidung unproduktiver Konkurrenzsituationen bei der Unternehmensansiedlung ausgebaut werden. Langfristig ist auch hier eine Fusion anzustreben.

I. c) Verbesserte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und eine serviceorientierte Verwaltung für Berlin

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen hat für die Berliner SPD hohe Priorität.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten forcieren weiterhin den effektiven und serviceorientierten Umbau der Verwaltung. Wir wollen Verwaltungshierarchie-Ebenen abbauen und durch mehr Projektorientierung und Stärkung der Eigenverantwortlichkeit ersetzen. Isoliertes Ressortdenken und „Ressort-Egoismus“ müssen in den Berliner Verwaltungen durch querschnittsorientiertes Denken überwunden werden. Wir sind uns bewusst, dass Veränderungen in der Verwaltung nicht ohne das große Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Berliner Verwaltungen möglich ist.

Mit der One-Stop-Agency, der zentralen Anlaufstelle für Unternehmen, ist eine wichtige Forderung der SPD umgesetzt worden.

Im Interesse von Wachstum und mehr Beschäftigung, aber auch im Interesse qualitativ besserer, freundlicherer und schnellerer Dienstleistungen ist es notwendig, alle vorhandenen Regelungen in bestimmten Abständen zu überprüfen und zu verändern. Wo es möglich ist, werden wir weitere Gesetze und Vorschriften abschaffen

Es wird jedoch mit der Berliner SPD in Bezug auf den Erhalt von Arbeitnehmerrechten, Sozial- und Umweltstandards keine Kompromisse geben.

Viele Wachstumsbranchen haben neue Strukturen, auf die alte Regeln nicht mehr hinreichend zutreffen. Gerade Unternehmen im Medien- und Informationstechnologie-Bereich brauchen eine flexible und auf ihre Bedürfnisse ausgerichtete Verwaltung.

Wir setzen uns dafür ein, dass:

- Doppel- und Mehrfachzuständigkeiten von Senats- und Bezirksverwaltungen weiter abgebaut werden, so dass bei lokalen Genehmigungsbelangen vor Ort in den Bezirken unbürokratisch und zügig entschieden werden kann.
- Genehmigungsverfahren, wo immer es vertretbar ist, auf Anzeigepflichten umgestellt werden.
- die Pflicht zur Mitgliedschaft in einer Kammer für kleine Unternehmen neu überdacht wird. Tatsächlich zeigen Mitgliederbefragungen immer wieder eine große Unzufriedenheit unter den Betriebsinhaber/innen. Die Kammern müssen sich und ihre Aufgaben hinterfragen und einen Abbau von Bürokratie auch in ihren Strukturen durchsetzen. Die Betriebe müssen sich durch ihre Kammern vertreten fühlen.

Die Betriebsberichtspflichten, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen, müssen deutlich reduziert werden, um diese von Verwaltungsarbeiten zu entlasten.

Beschlussprotokoll Teil 1 (Änderungsanträge zum Leitantrag)

Landesparteitag der Berliner SPD am 26.11.2005 Seite 34

Die Eingabe von sinnvollen und umsetzbaren Verbesserungsvorschlägen durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Verwaltungen soll honoriert werden. Zweckmäßige Neuerungen sollen schnell umgesetzt werden.

I. d) Lokal handeln – regional denken – Stärkung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Berlin-Brandenburg

Strategien für den Wirtschaftsstandort Berlin müssen die Lage Berlins im Zentrum des Landes Brandenburg berücksichtigen. In den letzten Jahren haben sich Berlin und Brandenburg zu einer Wirtschafts- und Wissenschaftsregion entwickelt. Um diesen Prozess weiter zu befördern setzt sich die Berliner SPD für eine gemeinsame Strategie der Länder Berlin und Brandenburg zur wirtschaftlichen Entwicklung der Metropolenregion Berlin-Brandenburg ein. Diese Strategie muss konsequent an den bestehenden Stärken und Kompetenzfeldern in Wirtschaft und Wissenschaft ausgerichtet werden. Wichtige Orientierungspunkte hierfür liefern der Bericht der Enquete-Kommission „Eine Zukunft für Berlin“ sowie die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung in Brandenburg.

Mit einer gemeinsamen wirtschaftspolitischen Strategie werden weitere Grundlagen für eine Fusion der beiden Länder gelegt. Die Berliner SPD setzt sich für eine zeitnahe Abstimmung über die Fusion von Berlin und Brandenburg ein.

Der Ausbau des Flughafen Berlin-Brandenburg International ist eines der wichtigsten Projekte zur wirtschaftlichen Stärkung der Region. Neben der wichtigen Anbindung an den internationalen Luftverkehr erhält durch den BBI auch die wachstumsstarke Luft- und Raumfahrtindustrie in Berlin-Brandenburg wichtige Impulse.

Die Entwicklung und der Ausbau der Wirtschaftsstrukturen in Berlin muss im Kontext der gesamtdeutschen Aufgabe Aufbau Ost gesehen werden. Zahlreichen Förderprogramme des Bundes und der EU stehen den neuen Bundesländern und Berlin zur Bewältigung der teilungsbedingten Lasten zur Verfügung. Berlin muss diese noch konsequenter nutzen und sich künftig stärker in die Diskussion über die Ausgestaltung der Förderpolitik für Ostdeutschland einbringen. Auch sollte Berlin noch stärker als bisher mit den Einrichtungen des Bundes zur Investorenwerbung kooperieren, die einen besonderen Fokus auf die Gewinnung internationaler Investoren richten.

Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, dass

- Berlin und Brandenburg eine gemeinsame Strategie zur wirtschaftlichen Entwicklung der Metropolenregion entwickeln und den Prozess zur Fusion der Länder beschleunigen
- Berlin und Brandenburg gemeinsame Institutionen der Wirtschaftsförderungen schaffen
- Berlin die vom Bund im Rahmen der der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur zur Verfügung gestellten Mittel vollständig abrufen
- Berlin die Zusammenarbeit mit dem Industrial Investment Council (IIC), der gemeinsamen Investorenwerbegesellschaft des Bundes und der ostdeutschen Bundesländern sowie Invest in Germany, der Standortmarketinggesellschaft des Bundes verstärkt
- eine umfassende Vernetzung der Wissenschaftseinrichtungen bei Lehre und Forschung weiter ausgebaut wird

I. e) Einzelhandel und Kleingewerbe: Basis stabiler Stadtentwicklung

Neben der besonderen kulturellen Vielfalt ist das Einzelhandelsangebot einer der stärksten Anziehungspunkte Berlins für Besucher und Touristen aus dem In- und Ausland.

Seit einiger Zeit betrachten wir die Entwicklung des Einzelhandels und der Kleinbetriebe in den Berliner Orts- und Stadtteilzentren mit Sorge. Es wird zu viel in weitere Einzelhandelsflächen, insbesondere in großflächige Center-Lösungen, investiert. Im Vordergrund steht dabei das Investoreninteresse. Der Attraktivitätsverlust der Einkaufsstraßen, die Geschäftsaufgaben kleinerer Händler und Dienstleister in der Nachbarschaft sind nicht nur Folge des Baus von Einkaufszentren, sondern auch einer aggressiven Standortpolitik der Lebensmittel-Discounter und Drogeriemärkte geschuldet. Unter dieser Entwicklung leiden besonders die Stadtteil- und Bezirkszentren und hier vor allem die inhabergeführten und beratungsorientierten Fachgeschäfte, die preislich nicht mit Großanbietern konkurrieren können.

Hier handelt es sich um eine städtebauliche Entwicklung, die unserer Meinung nach ein politisches Gegensteuern im Interesse Berlins erfordert:

- Wir wenden uns gegen weitere Einkaufszentren an nicht integrierten Standorten. Weitere Ansiedlungen bedürfen einer überbezirklichen Abstimmung.
- Ziel ist es, bei der Prüfung und Genehmigung von Bauvorhaben die Auswirkungen auf die Handels- und Dienstleistungsstruktur in die städtebauliche Abwägung mit einzubeziehen zu können. Denkbar wäre auch eine Ausgleichsabgabe für solche Bauvorhaben, die zweckgebunden zur Förderung traditioneller Handels- und Dienstleistungsstrukturen zu verwenden ist – beispielsweise analog den Vorgaben für Natur- und Landschaftsplanung.
- Die Einrichtung von Business Improvement Districts (BID) wird abgelehnt. Wir setzen weiterhin auf freiwillige Kooperationen zwischen Gewerbetreibenden und Grundstückseigentümern. Sie werden in diesem Engagement vom Senat und den Bezirken unterstützt wie die Initiative „berlin mittendrin“ von Senat, Handel und IHK beispielhaft zeigt. Die Gewerbetreibenden müssen in Bezirken und Senatsverwaltungen weiterhin umfassend zuständige Ansprechpartner finden.

I. f) Justiz als Einflussfaktor auf wirtschaftliche Prozesse

Die Justiz muss gewährleisten können, dass ein Gläubiger zeitnah seine Forderung titulieren kann. Lange Verfahrenszeiträume schwächen die Liquidität der Unternehmen und leisten einer schlechten Zahlungsmoral weiter Vorschub. Dazu ist eine ausreichende Personalausstattung notwendig. Schnelle Eintragungen in Grundbücher und Handelsregister durch Online-Verkehr garantieren Kreditsicherheit und Investitionsbereitschaft.

Strafverfolgung und Justiz müssen sicherstellen können, dass diejenigen, die sich strafbar machen, in einem angemessenen Zeitrahmen dafür bestraft werden. Dies gilt auch für den Bereich der Wirtschaftskriminalität in privaten und öffentlichen Unternehmen und für die Schwarzarbeit.

Berlin hat mit der Einrichtung einer Gemeinsamen Ermittlungsgruppe Schwarzarbeit (GES) zur übergreifenden Zusammenarbeit von Bundes- und Landesbehörden bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen. Sie bildet das Herzstück des Berliner Modells zur Bekämpfung von illegaler Beschäftigung. Hier wurden bereits beachtliche Verfolgungs- und Ahndungsergebnisse erzielt.

Die enorme Verfolgungsdichte in Berlin wird in keinem anderen Ballungsraum Deutschlands erreicht. Hinzu tritt die Bekämpfung der strukturellen Ursachen von Schwarzarbeit. Neben diesen Maßnahmen setzt die erfolgreiche Bekämpfung der Schwarzarbeit allerdings auch weitergehende strukturelle Maßnahmen voraus. Die vom SPD-geführten Senat beschlossene Justizreform verändert die veralteten Strukturen zugunsten einer modernen und bürgerfreundlichen Gerichtsverwaltung. Wir setzen uns für die konsequente Fortsetzung und erfolgreiche Beendigung beider Projekte ein.

II. Wirtschafts-, Wissenschafts- und Bildungspolitik - für mehr Beschäftigung in Berlin

Die Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft ist – wie von der Berliner SPD schon Anfang 1998 in der Adlershofer Erklärung formuliert – für die ökonomische Entwicklung der Region Berlin-Brandenburg von zentraler Bedeutung. Der Wissenstransfer aus der Forschung in bestehende Unternehmen oder Existenzgründungen muss weiter verbessert werden.

Bildung, Wissenschaft und Forschung sind für den Einzelnen und für die Gesellschaft ein Wert an sich. Sie dürfen nicht nur unter wirtschaftlichen Aspekten bewertet werden. Gleichwohl muss angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in Berlin für wirtschaftliche Entwicklung auch das hohe wissenschaftliche Potenzial eingesetzt werden.

II. a) Wissenschaft in Berlin schafft Arbeit

Wissenschaft ist in Lehre und Forschung eine der wichtigsten ökonomischen Produktivkräfte auch in Berlin.

Die überwiegend vom Bund und den übrigen Ländern finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind heute die wichtigsten Arbeitgeber für hoch qualifizierte Arbeitskräfte in Berlin. Aufgrund ihrer Ausrichtung auf die überregional und international aktuellen wissenschaftlichen Themenstellungen bieten sie in ihrem Umfeld ein einmaliges Potenzial für wissens- oder technologiebasierte Existenzgründungen.

In keiner anderen Region Europas wird eine vergleichbare Dichte an Forschungseinrichtungen erreicht, die es kleinen und mittelständischen Unternehmen ermöglicht, auf kürzestem Wege neueste Technologien auf ihre Nutz- und Einsetzbarkeit im eigenen unternehmerischen Umfeld zu prüfen.

Der wirtschaftliche Vorteil der hier konzentrierten Forschungs- und Entwicklungskompetenz für Eigenentwicklungen kleiner Unternehmen muss stärker kommuniziert und im Transfer nutzbar gemacht werden können. Die fördernden und steuernden Instrumente der Technologiestiftung sollen hierzu in Zusammenarbeit mit der Investitionsbank als Förderbank weiterentwickelt werden.

Mit der Technologiestiftung Berlin (TSB), dem Technologie - Innovationsrat (TIR) sind erste Strukturen eines Netzwerkmanagements geschaffen worden, deren Arbeit noch weiter verbessert werden muss. Nachteilig ist die Zersplitterung der Zuständigkeiten für die Technologiepolitik auf drei Senatsverwaltungen (Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Wissenschaft), die gemeinsam in den vom Senat beauftragten Netzwerk-gremien (z.B. TSB) vertreten sind. Der Senat muss ein gemeinsames Leitbild und eine einheitliche Strategie des Senats als Rahmenvorgabe für das Netzwerkmanagement entwickeln.

Gerade kleine und mittelständische Unternehmen brauchen verbesserte Eigenfinanzierungsmöglichkeiten, Kapitalbeteiligungen und gezielte Unterstützung beim Marketing auf den nationalen und internationalen Märkten. Sie benötigen jedoch auch gezielte Hilfe bei der Heranführung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an die Zukunftstechnologien und der für sie wirtschaftlich sinnvollen Adaption.

In Berlin entwickelte Produkte sollten auch in Berlin produziert werden. Das schafft Arbeitsplätze vor Ort und die Wissenschaftsförderung wird somit im doppelten Sinne für den Standort Berlin genutzt. Gleichwohl soll nicht verkannt werden, dass die Umsetzung von Forschungsergebnissen nicht standortgebunden ist.

Die SPD setzt sich für eine integrierte Wirtschafts-, Technologie- und Stadtentwicklungspolitik ein. Netzwerkaktivi-

Beschlussprotokoll Teil 1 (Änderungsanträge zum Leitantrag)

Landesparteitag der Berliner SPD am 26.11.2005

Seite 36

täten von Forschung, Wissenschaft, Wirtschaft und Senat sollten auch auf Schwerpunkte ausgerichtet werden, die den weiteren nachhaltigen stadtpolitischen Zielen der Stadt und der Lösung innerstädtischer Probleme dienen (z.B. Umweltprobleme, Gesundheitsförderung, soziale Probleme, Gender- Politik).

Berlin hat gute Voraussetzungen sich in den weltweiten Wachstumsmärkten der Zukunft wie Gesundheit, Mobilität, Produktion, Energie, Umweltfragen mit Erfolg zu beteiligen. Die Entwicklung von Produkten für die Bedürfnisse der unter demografischen Aspekten sich verändernden Gesellschaft eröffnet für Berlin neue Märkte. Die fördernden und steuernden Instrumente der Technologiestiftung sollen weiterentwickelt werden.

Die Wissenschafts- und Universitätsstandorte in Berlin werden wir weiter ausbauen, Forschung und Unternehmertum gleichermaßen ansprechen. Dazu bieten die Hochschulverträge und die Zusagen, die außeruniversitäre Forschung in Berlin auszubauen, eine verlässliche Perspektive. Wir unterstützen die Berliner Universitäten bei ihren Anstrengungen, sich bundesweit im Exzellenz-Wettbewerb erfolgreich durchzusetzen. Die dafür notwendigen Landesmittel wollen wir zusätzlich zur Verfügung stellen, damit dieser Entwicklungsprozess nicht zulasten der Breite geht. Wir wissen: Spitzenleistungen entwickeln sich nur auf der Basis einer starken Breite.

Bürokratische Hemmnisse und gegensätzliche Interessenlagen führen dazu, dass Universitäten, Fachhochschulen und Forschungsinstitute oft eine passive Rolle spielen. Während Firmen in der Regel marktorientierte Forschungspartner suchen, stehen bei den meisten Instituten grundlagenorientierte Forschungsthemen im Vordergrund. So ist der Anteil an Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in Berlin

nicht gestiegen. Die bestehenden Berührungängste verhindern somit, dass die auf beiden Seiten zur Verfügung stehenden Ressourcen effizient zur Entwicklung innovativer Produkte und Verfahren eingesetzt werden. Wir wollen dies verändern.

Reibungsverluste beim Technologietransfer müssen verringert werden. Für die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in verwertbare Patente und Produkte ist es erforderlich, Expert/innen zu beschäftigen, die aus Mitteln der Wirtschaftsförderung bezahlt werden könnten. Dabei sollen auch die Folgen abgeschätzt werden, wenn durch die Übernahme von neuen Technologien Arbeitsplätze abgebaut werden. Nicht immer sind neue Technologien effektiver und billiger als die traditionellen Arbeitsplätze.

Ein wichtiges Ziel der Wissenschaftspolitik bleibt eine hohe Zahl von Absolvent/innen der Berliner Hochschulen. Damit steigt die Anziehungskraft Berlins für Unternehmen, die hoch qualifizierte Fachkräfte benötigen. Das Potenzial für innovative Unternehmensgründungen nimmt zu.

Wichtig für die Entwicklung von Wissenschaft und Wirtschaft ist, dass Planbarkeit und Verlässlichkeit bestehen. Stabile Rahmenbedingungen, konstante Finanzierung und Vertrauen in den dauerhaften politischen Willen sind unerlässlich. Wir streben einen „Vertrag für Berlin“ an, in dem sich der Senat und die Sozialpartner auf nachvollziehbare und kontrollierbare Maßnahmen zur Entwicklung der innovativen Wirtschaft verpflichten.

Investitionen in die Wissenschaft sind nicht Selbstzweck, sondern haben einen Sinn. Wissenschaft muss ebenso wie die Wirtschaft für die Menschen da sein. Wir wollen mit Wissenschaft und Wirtschaft Leitprojekte vereinbaren, z.B. die alters- und familiengerechte Stadt, der sichere Verkehr und die Überwindung der digitalen Spaltung. Wir wollen nicht nur wirtschaftlich erfolgreich sein, sondern gesellschaftliche Probleme lösen. Wir wollen erreichen, dass Berlin nicht nur Vorreiter in der Wissenschaft, sondern auch in der praktischen Anwendung von innovativen Problemlösungen wird.

II. b) Berufliche Bildung und Kooperation von Schule und Wirtschaft stärken

Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigungsaufbau erfordern qualifizierte Fachkräfte. Bildungsausgaben sind deshalb Investitionen in die Zukunft. Eine bessere Vorbereitung Jugendlicher für den Beruf und für die Chancen, die sich ihnen auf dem Arbeitsmarkt bieten, ist Grundvoraussetzung für die Besetzung von vorhandenen Stellen und für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Immer noch sind Berufsvorstellungen stark vom Geschlecht und sozialem Hintergrund geprägt. Wir setzen uns dafür ein, Schule und Ausbildung stärker zu verknüpfen und den Übergang besser zu gestalten. Dazu muss in den Schulen ein Beratungsangebot institutionalisiert werden, welches die Ausbildungswünsche der Schülerinnen und Schüler ernst nimmt und Möglichkeiten aufzeigt, diese auch zu verwirklichen. Praktika, Schulpatenschaften von Unternehmen und Korporationen mit Hochschulen sind eine Möglichkeit Ausbildungswege kennen zu lernen und Schülerinnen und Schülern Möglichkeiten in Rollen - und milieufremden Ausbildungsgängen aufzuzeigen. Ohne entsprechende schulische Begleitung, die Wege in die Ausbildung, Qualifizierungs- und nicht zuletzt Finanzierungsmöglichkeiten aufzeigt,

ist eine erfolgreiche Verknüpfung von Schule und Ausbildung, die auch den Interessen der Schülerinnen und Schüler gerecht wird, nicht zu haben.

Eine nachhaltige Beschäftigungsfähigkeit bei steigenden Anforderungen des Arbeitsmarktes setzt eine abgeschlossene Berufsausbildung und ein hohes Ausbildungsniveau voraus. Mehr als die Hälfte der Arbeitslosen unter 25 Jahren in Berlin verfügt über keine abgeschlossene Berufsausbildung. Wir wollen deshalb neben den Verbesserungen im allgemein bildenden Schulsystem eine ergänzende Ausbildungs-offensive.

Angesichts der weiterhin hohen Zahl von fehlenden Ausbildungsplätzen werden wir uns – sollte der Ausbildungs-

pakt nicht Erfolge zeigen – dafür einsetzen, dass ein finanzieller Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben geschaffen wird.

In der Beruflichen Bildung werden wir folgende Schwerpunkte setzen:

- Die Lernortkooperation im dualen System hat durch das neue Berufsbildungsgesetz (BBiG) erstmals eine gesetzliche Grundlage; sie muss in Berlin zügig durch inhaltliche und organisatorische Abstimmung zwischen Schule und Betrieb umgesetzt werden, wobei die Ausbildung in Theorie und Praxis durch verbindliche Qualitätsstandards stärker zu verknüpfen und regelmäßig zu überprüfen ist.
- Die Verbundausbildung muss weiterhin vom Land Berlin gefördert werden, da sie für viele kleinere Betriebe erst die Möglichkeit zur Ausbildung eröffnet.
- Die durch das neue BBiG erstmals rechtlich verankerten vollschulischen Ausbildungsgänge müssen auch in Berlin ausgebaut werden, damit allen ausbildungsfähigen und –willigen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz angeboten werden kann.
- Für lernschwache oder sozial benachteiligte Jugendliche, die zu einer Berufsausbildung noch nicht in der Lage sind, müssen die bisher in "Warteschleifen" eingesetzten Kapazitäten für eine wirkliche Berufsvorbereitung mit Bestandteilen einer späteren Berufsausbildung genutzt werden. Die Verwertbarkeit von beruflichen Teilqualifikationen (Modulen) für eine betriebliche Ausbildung ist durch Zertifizierung sicherzustellen.
- Für die bislang ohne abgeschlossene Berufsausbildung gebliebenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen muss eine Offensive zur Nachqualifizierung gestartet werden.
- Auf eine enge Kooperation der verschiedenen Akteure aus Unternehmen, Verbänden und staatlichen Institutionen kommt es auch in der beruflichen Weiterbildung an. Fördermittel des Landes unter Einbeziehung von ESF-Mitteln sind noch stärker unternehmensnah einzusetzen. Die Oberstufenzentren, die bislang im Bereich der beruflichen Weiterbildung kaum eine Rolle gespielt haben, müssen effizienter genutzt werden.
- Jugendliche mit Behinderung brauchen besondere Unterstützung beim Einstieg in das Berufsleben. Auf der Basis der von der Rot-Grünen Bundesregierung geschaffenen gesetzlichen Grundlagen (z.B. des Sozialgesetzbuches IX oder des Gesetzes zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung behinderter Menschen) sind daher im Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Partner und vor allem auch den Schulen alle Instrumente zu nutzen, um auch Jugendlichen mit einer Behinderung eine Ausbildungsmöglichkeit zu bieten. Außerdem muss die hochwertige Ausbildung und Berufsvorbereitung durch die Berufsbildungswerke erhalten.

III. Internationalität als Chance für mehr Beschäftigung in Berlin

Berlins besonderes Plus ist seine Internationalität. Menschen aus 190 Ländern leben, arbeiten und lernen in der Stadt. 136 Länder unterhalten hier Verwaltungen und Botschaften. Dieses historisch gewachsene wirtschaftliche und wissenschaftliche Potenzial Berlins und die traditionelle Toleranz fremden Menschen und ihren Kulturen gegenüber, muss künftig stärker in den Vordergrund eines erfolgreichen Standortmarketings gestellt werden. Wir wollen Berlin als deutsche Hauptstadt in der Mitte Europas und als internationalen Standort weiter erfolgreich positionieren.

III. a) Berliner Exporte steigern - Potenziale für die kleinen und mittleren Unternehmen

Die Berliner Exporte erreichten im vergangenen Jahr einen Umsatz von 10 Mrd. Euro. Zwei Drittel der Waren „Made in Berlin“ gingen nach Europa als wichtigstem Absatzmarkt (16 % der Exporte nach Asien, 11 % nach Amerika). Wir bauen auf eine weitere Steigerung des Exports durch Erfolge auf den traditionellen Wettbewerbsmärkten und vor allem durch eine verstärkte Präsenz Berlins auf den Wachstumsmärkten in Mittel- und Osteuropa.

Berlin sollte sich insbesondere verstärkt um die Ansiedlung von EU-Einrichtungen und internationalen Organisationen bemühen. Die bisherigen zentralen Sitze von EU-Behörden und Einrichtungen (Brüssel, Straßburg, Luxemburg) stehen für die Westorientierung der EU, Berlin sollte eine wichtige Rolle bei der Osterweiterung der EU und als Drehscheibe zwischen Ost und West spielen.

Wichtige Schritte hierfür sind:

- Unterstützung von Unternehmen bei der Markterschließung
- Schaffung von grenzüberschreitenden Unternehmens-, sowie Wissenschafts- und Technologienetzwerken
- Abbau bürokratischer Hürden für ausländische Investoren
- Nutzung der hohen internationalen Kompetenz Berlins als Wissenschaftsstandort
- Kooperation von Unternehmen mit Migrationshintergrund zur Verbesserung und Erschließung von Exporthandelskontakten für Berlin
- weitere Förderung der Handelsbeziehungen in der Entwicklungszusammenarbeit
- die Schaffung grenzüberschreitender Verbünde wie der Oderregion nach dem Vorbild der westeuropäischen Euroregionen
- grenzübergreifende Kooperationen und stärkere Präsenz in den Wachstumsmärkten Mittel- und Osteuropas (MOE)
- die durch 17 Städtepartnerschaften des Landes Berlin und zahlreiche Partnerschaften der Bezirke gewachsenen Netzwerke müssen mit Unterstützung des Senats stärker für Wissenschafts- und Wirtschaftskooperationen genutzt werden.

III. b) Kultur und Kulturwirtschaft

Kultur und Kulturwirtschaft haben große Bedeutung für die zukünftige Entwicklung Berlins.

Wir wollen

- den öffentlich getragenen Kultursektor, der eine Voraussetzung für die Entwicklung der Kulturwirtschaft ist, besonders fördern;
- durch Verbesserungen und weitere Entbürokratisierung die Rahmenbedingungen für die Ausweitung der Kultur- und Medienbranche forcieren und auch so Investitionen in die Stadt lenken;

- Existenzgründer/innen in diesem Sektor stärker beraten;
- die Vernetzung der überdurchschnittlich kleinteiligen Kulturwirtschaft unterstützen;
- die Vermarktung kultureller Produkte und Leistungen außerhalb Berlins fördern;
- unsere Wirtschaftsförderprogramme hinsichtlich der Besonderheiten der Kulturwirtschaft überprüfen und besser vermitteln.
- Existenzgründungshilfen für Künstlerinnen schaffen.

III. c) Tourismus – größter Wachstumssektor

Die Tourismusbranche ist der Berliner Wirtschaftszweig mit dem größten Wachstum. Nach London und Paris ist Berlin unter den europäischen Metropolen das beliebteste Reiseziel Europas.

In der weltoffenen und kulturell interessanten Stadt Berlin sind Messen und Kongresse, beste Einkaufsmöglichkeiten, die vielfältige Kulturlandschaft und die international bedeutenden Sportveranstaltungen überzeugend. Wir wollen die Entwicklung Berlins als interessante Tourismusdestination weiter intensiv fördern.

Wir setzen uns dafür ein, dass:

- das Berliner Tourismuskonzept konsequent umgesetzt wird,
- vorhandene Leitmesse erhalten und weiter entwickelt werden,
- neue internationale Messen und Kongresse für den Berliner Standort gewonnen werden,
- die Chancen, die sich für Berlin durch die Fußballweltmeisterschaft 2006 ergeben, optimal genutzt werden.

III. d) Unternehmen mit Migrationshintergrund fördern - Kompetenzen wahrnehmen

Rund 14.000 Gewerbetreibende mit Migrationshintergrund beschäftigen ca. 30.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, haben einen jährlichen Umsatz von ca. 2,5 Mrd. Euro und einen Investitionsumfang zwischen 50 und 70 Mio. €.

Die SPD Berlin sieht die enormen Potenziale, die sich aus der Zuwanderung für Berlin ergeben und setzt sich für die Förderung von Unternehmen und Existenzgründungen mit Geschäftsführungen nichtdeutscher Herkunft ein.

Wichtige Ziele unserer Politik sind daher:

- Unterstützung bei der Beschaffung von betriebsnotwendigem Kapital,
- Abbau von Sprachhürden durch gezielte Förderung des Spracherwerbs,
- Verbesserung der gezielten institutionellen Unterstützung durch IHK und Handwerkskammer,
- Hilfe bei Netzwerkgründungen und Einbindung in vorhandene Netzwerke,
- Unterstützung und Beratung für die Schaffung von Ausbildungsplätzen und Ausbildungsverbänden,
- Spezielle Förderung von ausländischen ehemaligen Studentinnen und Studenten, die in Berlin eine Existenzgründen wollen,
- Existenzgründer/innen und Unternehmer/innen mit Migrationshintergrund den Zugang zu Beratungsangeboten zu erleichtern.

Diese Unternehmen sind u. a. ein Werbeträger für Berlin und bilden zugleich eine nicht zu unterschätzende Brücke zu ihren Herkunftsländern. Die SPD Berlin setzt sich für die breite Akzeptanz der hohen Kompetenz innerhalb der Unternehmerschaft und der Bevölkerung mit verschiedenem Migrationshintergrund ein.

IV. Wirtschaftsentwicklung als Aufgabe aller Politikfelder

Alle Politikfelder beeinflussen die wirtschaftliche Entwicklung Berlins. Neben der Wissenschafts- und Bildungs-, der Stadtentwicklungs- und der Finanzpolitik, ist ein weiterer Standortfaktor eine moderne und effiziente Justiz.

Wir sind überzeugt, dass wirtschaftliche Entwicklung nur erfolgreich sein kann, wenn sie als Querschnittsaufgabe aller Politikfelder erkannt und realisiert wird.

Für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist die Kompetenz von Frauen unerlässlich. Dazu müssen Frauen gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen in der Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung erhalten. Dies muss die Wirtschaftspolitik unterstützen, z.B. durch Auftragsvergabe an frauen- und familienfördernde Unternehmen. Die gute Kita-Struktur Berlins ist daher ein wichtiger Standortvorteil.

Wirtschaftliche Entwicklung ist für die Berliner SPD Chefsache. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit hat seit 2001 mit seinen Initiativen (wie z. B. der Runde Tisch Tourismus) wichtige Impulse bei der Ansiedlung

von Unternehmen gegeben. In Ergänzung der Aufgaben der einzelnen Senatsverwaltungen muss Wirtschaftsentwicklung deshalb als Thema durch die Senatskanzlei weiter begleitet werden.

IV. a) Verknüpfung von Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik

Eine funktionsfähige Infrastruktur ist nicht nur eine entscheidende Frage von Lebensqualität, sondern zugleich eine notwendige Voraussetzung für die ökonomische Entwicklungsfähigkeit einer Stadt.

Es ist unser Anliegen, eine abgestimmte Entwicklung in den Bezirken im engen Zusammenspiel mit der langfristig konzipierten Stadtentwicklung zu erreichen. Attraktive Quartiere sind ein wichtiger Standortfaktor. Hier können erfolgreiche kleine und mittlere Unternehmen wichtige Akteure für eine sozial ausgewogene Entwicklung Berlins sein. Die wirtschaftliche Auseinanderentwicklung zwischen den Stadtteilen führt dazu, dass nur bestimmte Stadtteile von wirtschaftlicher Entwicklung profitieren und das Potenzial der Bewohnerinnen und Bewohner von Stadtteilen mit besonderen Problemlagen ungenutzt bleibt. Das Ziel der wirtschaftlichen Stabilisierung von Berliner Quartieren, die von einer Konzentration sozialer Problemlagen und dem Wegzug von mobilen finanzstärkeren Haushalten betroffen sind, vollzieht sich an der Schnittstelle von Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik. Um eine weitere negative Entwicklung in diesen Kiezen zu verhindern, ist die Unterstützung von quartiernahen Einzelhandelseinrichtungen sowie kleinen und mittleren Betrieben in den Stadtteilen eine wichtige Voraussetzung. Programme und Aktivitäten zur Wirtschaftsentwicklung müssen sich stärker auf eine niedrigschwellige und räumlich dezentrale Unternehmensförderung ausrichten.

Ansiedlungsvorhaben sind darauf zu prüfen, welchen Effekt sie für die regionale Wirtschaft haben. Dafür müssen die Ansätze der bezirklichen Wirtschaftspolitik zur Herausbildung von lokalen Wirtschaftsprofilen und die landesweite Wirtschaftsförderung miteinander verzahnt werden. Um einen möglichst einfachen Zugang zu den bestehenden Beratungsangeboten zu gewährleisten, sind kurze Wege für Gewerbean- und -ummeldungen erforderlich. Ergänzend sollten mobile Teams direkt in den Stadtteilen informieren.

Die Region Berlin/Brandenburg ist ein wichtiger Standort von Industrie und Dienstleistern im Bereich des Verkehrs. Wir halten den Begriff „Verkehrstechnik“ für zu eingeschränkt und werden deshalb in das Kompetenzfeld Verkehr alles einbeziehen, was mit Verkehr zu tun hat (Forschung und Entwicklung, Industrie, Gewerbe, Logistik, Mobilität, sämtliche dazugehörigen Dienstleistungen einschl. Planungs- und Beratungskompetenz). Ziel ist es, auch hier Potenziale, Wachstumsfelder und Wertschöpfungsketten zu identifizieren und zu nutzen.

Wir setzen uns dafür ein,

- die leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur insbesondere im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) auf hohem Niveau zu erhalten und weiter zu entwickeln
- die gesamtstädtische und die bezirkliche Wirtschaftsförderung besser zu verzahnen,
- eine Wirtschaftsförderung, die verstärkt dezentral in den Kiezen erfolgt,
- eine gezielte Förderung lokal-wirtschaftlicher Aktivitäten in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf,
- die Stabilisierung von Einzelhandels- und Dienstleistungsstrukturen in den Kiezen,
- den großflächigen Einzelhandel nur noch an integrierten und gewachsenen Strukturen in den Kiezen zuzulassen,
- Initiativen der Gewerbetreibenden beim Geschäftsstraßenmanagement zu unterstützen,
- die Interessen zwischen Unternehmen und Anwohnerinnen und Anwohnern bei städtebaulichen Maßnahmen auszugleichen,
- flexible Zwischennutzungskonzepte für öffentliche Flächen und Räume für die kreative Wirtschaft in Berlin zu eröffnen,
- die Regionalvermarktung von Produkten aus Berlin und Brandenburg zu fördern.

IV. b) Investitionskraft der Stadt durch vorausschauende Finanzpolitik sichern

Der von der SPD geführte Senat hat eine schonungslose Analyse der finanzpolitischen Situation Berlins vorgenommen. Wir unternehmen alles, um die Schulden Berlins abzubauen. Um die Investitionskraft der Stadt zu erhalten und zu stärken, müssen die konsumtiven Ausgaben den größeren Konsolidierungsbeitrag erbringen. Dies darf die politischen Ziele sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Zukunftsfähigkeit durch Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung nicht gefährden.

Wir setzen uns hierbei für eine sozial ausgewogene Verteilung der Lasten ein.

Besondere Bedeutung für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt haben:

- **Öffentliche Unternehmen**
Sie erhalten ihre Legitimation aus der Erfüllung des öffentlichen Zwecks, den sie für das Gemeinwesen erfüllen. Da der Markt bestimmte Produkte und Dienstleistungen nicht zur Verfügung stellt, insbesondere für soziale und ökologische Ziele oft keinen Raum lässt, brauchen wir öffentliche Unternehmen mit einem klar definierten Gemeinwohlaufrag als Korrektiv.
- **Eine wirksame Kontrolle der öffentlichen Unternehmen**
Ein ordentliches kaufmännisches Handeln, eine wirksame Kontrolle durch die vorgesehenen Aufsichtsorgane und eine klar geregelte, regelmäßige Überprüfung seitens des Parlaments auf die Erfüllung der definierten

gesellschaftlichen Bedürfnisse sind dabei notwendige Maßnahmen.

Auf Betreiben der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wurde der Unterausschuss "Beteiligungsmanagement und Controlling" eingesetzt. Er soll künftig die Kontrolle der Unternehmen ermöglichen, an denen das Land Berlin beteiligt ist. Wir als SPD Berlin, sprechen uns ausdrücklich für den Erhalt öffentlicher Unternehmen aus.

- **Die öffentliche Hand als Auftraggeber für die gewerbliche Wirtschaft**
Alle öffentlichen Verwaltungen und Auftraggeber müssen sich ihrer Verantwortung gegenüber den Betrieben, die den Auftrag annehmen, bewusst werden. Hierzu gehört eine beschleunigte Abwicklung von Aufträgen und Bezahlung von ausgeführten Leistungen. Die SPD Berlin setzt sich für eine zentrale Beschwerdestelle für Betriebe zur Eingabe von Zahlungsver säumnissen der öffentlichen Hand ein.